

Inhaltsverzeichnis

Wachstum → Arbeit → Wohlstand

Wachstumsstrategien für die Wissensgesellschaft

- I. **Den Wandel gestalten – Vertrauen gewinnen**
- II. **Wachstum, das auf Bildung und Wissenschaft gründet**
- III. **Wachstum, das Beschäftigung fördert**
- IV. **Wachstum, das den Menschen dient**
- V. **Wachstum, das den Sozialstaat sichert**
- VI. **Wachstum, das vom Wettbewerb lebt**
- VII. **Wachstum, das den schlanken Staat voraussetzt**
- VIII. **Wachstum, das die Schöpfung bewahrt**
- IX. **Wachstum, das uns Verantwortung für Eine Welt ermöglicht**
- X. **Unser Auftrag: Deutschlands Zukunft**

Beschluss

des 18. Parteitages der CDU Deutschlands 2004

I. Den Wandel gestalten, Vertrauen gewinnen

1. Die Christlich Demokratische Union erhebt als die große Volkspartei der Mitte den Anspruch, Deutschland aus seiner gegenwärtigen Krise zu führen. Reformen sind für uns kein Selbstzweck. Unsere Reformkonzepte dienen vielmehr einzig und allein dem Ziel, Wachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand zu schaffen. Denn auch im 21. Jahrhundert sind nach unserer festen Überzeugung Arbeit und Wohlstand für alle möglich. Deutschland ist ein Land voller Chancen, aber es wird gegenwärtig unter seinen Möglichkeiten regiert.

Deutschland braucht einen neuen Aufbruch für einen Wohlstand für Alle. Die Menschen brauchen wieder Hoffnung und Perspektiven. Nur ein klarer Kurs sowie entschlossenes Handeln schaffen wieder Vertrauen. Wir wollen zu Ludwig Erhards Wurzeln zurückkehren. Wir müssen uns mit Selbstverständlichkeit wieder auf die Kernziele einer stabilen Wirtschaftspolitik besinnen:

- Steigendes persönliches Einkommen, wachsende Beschäftigung und stabile Staatshaushalte erfordern ein jährliches Wachstum von mindestens 2,5 bis 3 Prozent.
- Das volkswirtschaftliche Ziel der Vollbeschäftigung muss wieder als realistisches Ziel definiert werden. Deutschland kann dieses Ziel genauso erreichen wie andere Volkswirtschaften.
- Wir stehen für eine stabile Währung und damit für die Einhaltung der Maastricht-Kriterien, weil dies die wichtigste Sicherung der Kaufkraft Aller bedeutet.
- Außenwirtschaftliches Gleichgewicht ist ein wichtiges Gut, das auf Dauer nur zu halten ist, wenn unsere Volkswirtschaft insgesamt wettbewerbsfähiger wird.

Diese Ziele stehen im Mittelpunkt unserer auf Freiheit beruhenden Wirtschaftsordnung.

Die CDU orientiert ihr Handeln am christlichen Verständnis vom Menschen, das ihr eine ethische Grundlage für verantwortliche Politik gibt. Sie vertraut ferner auf die Kraft der Menschen in unserem Land. Die CDU will die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass diese Kraft sich entfalten kann. Dabei setzen wir auf die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sowie das Prinzip der Subsidiarität. Was der Einzelne oder kleine Gemeinschaften selbst leisten können, soll der Staat nicht leisten dürfen. Wo aber der Einzelne ein Risiko oder eine unverschuldete Notlage nicht schultern kann, hat er Anspruch auf die Hilfe der Gemeinschaft. Hingegen hat jeder, der Hilfe leisten kann, die christliche und patriotische Pflicht, im Rahmen seiner Möglichkeiten zu helfen.

Wir sind uns sicher, dass wir mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung Deutschland wieder dorthin bringen können, wohin es gehört: in die Spitzengruppe der erfolgreichsten Nationen in Europa. Wir haben den Ehrgeiz, unser Land innerhalb von zehn Jahren wieder

ganz nach vorne zu bringen. Wir werden Deutschlands Wachstumskräfte stärken und so wieder deutlich mehr Beschäftigung schaffen. Dadurch werden wir Wohlstand für alle sichern. Voraussetzung dafür ist, dass notwendige Reformen sozial ausgewogen konzipiert und gerecht umgesetzt werden. Nur dann werden wir auch in Zukunft soziale Sicherheit gewähren können.

Die tief greifenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen, die wir am Beginn des 21. Jahrhunderts erleben, erfordern aber Mut zur Veränderung und zur Erneuerung. Angesichts des Umbruchs, in dem wir heute stehen, ist Zukunft nicht durch eine bloße Fortschreibung der Gegenwart zu gewinnen. Die fortdauernden Veränderungen in fast allen Bereichen unseres gesellschaftlichen und beruflichen Alltags und vor allem auch die zunehmende Geschwindigkeit dieses Wandels erfordern Aufgeschlossenheit für neue Wege.

Es ist heute zum einen die Entwicklung zur Wissensgesellschaft, die neue Antworten der Politik notwendig machen. Das weltweit verfügbare Wissen wächst explosionsartig, und neues Wissen veraltet gleichzeitig immer schneller. Die Bedeutung des Wissens als Wettbewerbsfaktor für Unternehmen und Volkswirtschaften sowie als ganz persönliche Zukunftsressource jedes Menschen kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Die Entwicklung zur Wissensgesellschaft stellt uns vor ganz neue Herausforderungen. Wir müssen mithelfen, Voraussetzungen in Familie, Ausbildung und Beruf dafür zu schaffen, dass alle Bürgerinnen und Bürger mit ihren Begabungen und Fähigkeiten einen Platz in der Wissensgesellschaft finden. Unser Erfolg in der Wissensgesellschaft hängt entscheidend davon ab, dass alle Talente - die handwerklichen, die wissenschaftlichen, die technischen etc. - gefordert und gefördert werden.

Die zweite große Veränderung ist darin zu sehen, dass Deutschland heute im Zuge der Globalisierung in einer internationalen Konkurrenz von völlig neuer Qualität steht, aus der unser Land sich nicht auskoppeln kann. Wir konkurrieren mit Staaten, deren ökonomisches und politisches Gewicht noch vor wenigen Jahren unbedeutend war. Wenn Deutschland mit dem Modernisierungstempo in anderen Ländern nicht Schritt hält, wird es seine technologische Leistungsfähigkeit verlieren und im globalen Wettbewerb zurückfallen. Dies hätte zugleich erhebliche Wohlstandsverluste zur Folge. Als rohstoffarmes Land ist Deutschland darauf angewiesen, sich im weltweiten Handel durch die Entwicklung und Vermarktung modernster Produkte und Dienstleistungen zu behaupten. Der einzige Rohstoff, über den wir ausreichend verfügen, ist der Fleiß und die Intelligenz der Menschen. Dieses Potential müssen wir konsequent nutzen. Nur wenn wir in Deutschland Dinge können, die andere nicht können, werden wir an der Spitze bleiben. Unsere Hauptstrategie muss es sein, besser, nicht billiger zu sein als andere.

Eine dritte bedeutsame Veränderung stellt die demographische Entwicklung dar. Während die Bevölkerung global wächst, ist in Europa und vor allem in Deutschland mit einem massiven Rückgang der Bevölkerungszahlen zu rechnen. Gleichzeitig altert die Bevölkerung mit zunehmender Tendenz, während die Geburtenraten unter das bestandserhaltende Niveau absinken. Die Alterspyramide, die den Aufbau der Bevölkerung nach Lebensaltersgruppen abbildet, wird zunehmend auf den Kopf gestellt. Dies hat erhebliche Folgewirkungen auf die Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme, die Zahl der Erwerbspersonen und die Strukturen des Arbeitsmarktes sowie den Bedarf an Wohnraum und Betreuungseinrichtungen.

Die vielfältigen Veränderungen in der Welt zwingen uns, die Prioritäten unseres politischen Handelns zu hinterfragen und sie - wo erforderlich - neu zu ordnen. Wir brauchen eine Politik, die der neuen internationalen Dimension des Wettbewerbs ebenso Rechnung trägt wie dem veränderten Stellenwert des Wissens. Wir brauchen eine Politik, die Antwort gibt auf die Frage, in welchen Feldern wir Deutschen künftig unser Geld verdienen und wie wir zu mehr Wachstum und Beschäftigung kommen können.

Wir wollen, dass in Deutschland bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Nur wenn wir die seit Jahren in unserem Land bestehende Unterbeschäftigung überwinden, kann unser Sozialstaat auf Dauer Bestand haben. Denn die Einnahmeverluste des Staates und der Sozialkassen sind vor allem durch die ständig steigende Arbeitslosigkeit und den Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse verursacht. Jeder Empfänger einer staatlichen Hilfe, der in ein Arbeitsverhältnis zurückkehrt, wird zum Steuer- und Beitragszahler – und leistet so einen Beitrag zur finanziellen Gesundung des Gemeinwesens.

Unser Menschenbild verpflichtet uns, am Leitbild der Arbeitsgesellschaft festzuhalten. Wer ein Leben in eigener Verantwortung führen soll, muss dazu befähigt werden: Durch ein Arbeitseinkommen, das erst den Spielraum eröffnet, ein Leben in eigener Verantwortung führen zu können.

Damit in Deutschland wieder ein Beschäftigungswachstum einsetzt, müssen Wege gefunden werden, die Arbeitskosten zu verringern. Denn so lange wir weltweit einen Spitzenplatz bei den Arbeitskosten einnehmen, werden Arbeitsplätze in unserem Land weiter abgebaut werden. Nur wenn es zu einer Dämpfung der Arbeitskosten kommt, kann sich die Hoffnung auf Mehrbeschäftigung erfüllen.

Mehr Beschäftigung setzt eine Verringerung der Arbeitskosten voraus. Deshalb brauchen wir eine Sozialreform, die Abstand nimmt vom lohnbezogenen Beitrag und die Finanzierung der Sozialsysteme auf eine neue Grundlage stellt. Wir brauchen eine Verlängerung der Jahresarbeitszeit ohne Lohnausgleich, weil auch auf diesem Wege Arbeitskosten gesenkt werden. Im Rahmen der von uns geplanten Großen Steuerreform werden wir im Steuereingangsbereich eine deutliche Steuerentlastung vornehmen, sodass sich Beschäftigungsverhältnisse für den Arbeitnehmer auch dann lohnen, wenn zum Arbeitseinkommen nicht ein ergänzender staatlicher Zuschuss gezahlt wird. Da gerade im unteren Einkommensbereich besonders große Beschäftigungspotentiale liegen, ist hier eine großzügige steuerliche Entlastung besonders geboten.

Deutschland ist ein hoch entwickeltes Land, das besonders darauf angewiesen ist, neue Produkte zu entwickeln. Das ist nur möglich, wenn Forschung und Wissenschaft sich immer wieder zu Höchstleistungen angespornt fühlen. Voraussetzung dafür ist eine deutlich größere Anstrengung, um das Niveau von Bildung und Ausbildung in unserem Land zu heben. Denn unser Schwerpunkt wird künftig in Wirtschaftszweigen mit hoher Wertschöpfung liegen, um international wettbewerbsfähig zu sein. Unsere Zukunft liegt in der Innovation, der Erforschung und der Entwicklung neuer Verfahren, besserer Produkte und kundennaher Dienstleistungen. Deshalb müssen wir die Tür zur Wissensgesellschaft aufstoßen, weil in Zukunft der wirtschaftliche Erfolg noch stärker von einer leistungsstarken Forschung und einer guten Ausbildung abhängen wird.

Bildung muss oberste Priorität haben. Wir brauchen den intensiven Wettbewerb um die besten Köpfe für unser Land. Wir brauchen die ständige Modernisierung unserer Infrastrukturen. Wir müssen mehr tun als bisher, damit Spitzentechnologien nicht nur in unserem Land entwickelt werden, sondern hier auch in gewinnbringende Produkte umgesetzt werden. Und wir müssen es schaffen, in unseren Arbeitsstrukturen so flexibel zu werden, dass wir mit der Summe unserer Potentiale in weltweiter Konkurrenz bestehen können.

Entscheidend für den Erfolg Deutschlands ist der Ersatz des bestehenden, komplizierten und mit vielen Ausnahmeregelungen und Steuergestaltungsmöglichkeiten durchgesetzten Steuersystems durch Steuergesetze, die auf Einfachheit und Transparenz setzen und Anreize zur Leistung geben. Die Menschen in Deutschland müssen wieder das Gefühl haben können, dass es bei der Steuer in allen Einkunftsarten gerecht zugeht. Zur Reform des deutschen Steuersystems hat die Union ein sich geschlossenes Konzept vorgelegt. Unser Motto für das Steuersystem der Zukunft lautet: "Niedriger - einfacher - gerechter".

Nichts bedroht unseren Wohlstand und unsere soziale Sicherheit mehr als Stillstand und Rückschritt. Der Aufbruch in die moderne Wissensgesellschaft ist ohne vernünftige und ohne verantwortliche Alternative. Aber dieser Aufbruch geht weit über das technologisch Machbare hinaus. Wir Christliche Demokraten stellen den Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik. Unser Politikangebot richtet sich an die Starken ebenso wie an jene, die zu schwach sind, sich selbst zu helfen. Solidarität bleibt ein Kernelement unserer Politik. Für uns stehen Wirtschafts- und Sozialpolitik in einem unauflösbaren Zusammenhang. Eine Wirtschaftspolitik ohne soziale Gerechtigkeit verfehlt den sozialen Frieden und muss zu volkswirtschaftlichen Verlusten führen. Umgekehrt beraubt eine Sozialpolitik ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sich selbst ihrer Einnahmequelle. Wirtschaftliche Leistungskraft und unter Beachtung ethischer Grundsätze soziale Verantwortung führt die Soziale Marktwirtschaft zu einem ordnungspolitischen Ganzen zusammen.

Zu dieser sozialen Verantwortung gehört auch der anständige Umgang mit den Mitarbeitern im Unternehmen. Durch ein besseres Unternehmensklima könnte ein zusätzliches Volkseinkommen in dreistelliger Milliardenhöhe geschaffen werden. Ein solches Wachstum durch Motivation ist eng verbunden mit einer Wirtschaftsethik, die über das bloße Einhalten gesetzlicher Vorschriften hinausgeht. Wirtschaft braucht Ethik, wenn Wachstum nachhaltig sein soll.

Die Soziale Marktwirtschaft bildet seit über 50 Jahren die Kernkompetenz der CDU. Alle großen Sozialgesetze der Bundesrepublik Deutschland sind von der CDU entwickelt und parlamentarisch durchgesetzt worden. Durch die Soziale Marktwirtschaft verfügt unser Land über die eindeutig erfolgreichste und überzeugendste Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Welt. Sie verbindet Solidarität, Subsidiarität und Wettbewerb. Die CDU tritt an, diese Ordnung unter veränderten Bedingungen neu wirksam werden zu lassen.

Die Soziale Marktwirtschaft muss unter den Bedingungen der Globalisierung von Wirtschaft und Finanzmärkten weiterentwickelt werden. Die früher weit verbreitete Erfahrung: ‚Geht es dem Unternehmen gut, geht es auch dem Arbeitnehmer gut‘ wird heute vielfach nicht mehr gemacht. Die Menschen sind verunsichert. Wir stehen heute vor einer neuen sozialen Frage: Wie gelingt es, unter globalisierten Bedingungen Arbeit und Wohlstand zu sichern? Wir sind davon überzeugt, dass gültige Antworten nur dann gefunden werden

können, wenn es uns gelingt, Markt und Menschlichkeit in einer neuen Sozialen Marktwirtschaft dauerhaft miteinander zu verbinden.

Das vorliegende Programm analysiert ehrlich und nüchtern unsere derzeitige Lage. Darauf aufbauend werden Handlungsvorschläge entwickelt, die alle darauf abzielen, dass es in Deutschland wieder zu mehr Wachstum und Beschäftigung kommen kann. Es geht um die Frage, ob wir die Herausforderungen annehmen und ob wir es schaffen, unsere Zukunft aktiv zu gestalten. Die Menschen in Deutschland wissen, dass ein "weiter so" unser Land nicht voran bringt. Die CDU bekennt sich zu der Verantwortung, den Menschen Konzepte anzubieten und um das Vertrauen in unsere Lösungskompetenz zu werben. Dabei treibt uns die Liebe zu unserem Land an, Probleme anzupacken. Unser Kompass ist wie in den ersten Gründerjahren der Bundesrepublik Deutschland das Modell der Sozialen Marktwirtschaft - die Verbindung aus Markt und Menschlichkeit. Unsere Vision ist die Wir-Gesellschaft, die niemanden zurücklässt und gemeinsam selbstbewusst und neugierig in die Zukunft blickt.

Wo steht Deutschland heute?

2. Das Wirtschaftswachstum in Deutschland ist zu schwach: Die Wirtschaft wuchs in der ersten Dekade nach Gründung der Bundesrepublik um 114 Prozent. In der nächsten Dekade wurden noch 54 Prozent Wirtschaftswachstum erreicht. In den 80er Jahren lag das Wachstum immerhin noch bei 23 Prozent. Das reale Wachstum der deutschen Wirtschaft lag in den Jahren 1993 bis 2003 bei insgesamt 13,6 Prozent. Im gleichen Zeitraum hatten aber die anderen 14 EU-Staaten ein reales Wachstum in Höhe von durchschnittlich 26,9 Prozent vorzuweisen - das ist fast das Doppelte des deutschen Ergebnisses!

Einst war Deutschland die Wachstumslokomotive Europas. Heute weist Deutschland im Euro-Raum die geringste Wachstumsrate aller europäischen Länder auf. Nach Projektionen der OECD bis zum Jahr 2007 ist bei unveränderter Politik in Deutschland unter günstigsten Annahmen nur ein Wachstum von jährlich 2,4 Prozent zu erwarten - zu wenig, um unsere gewaltigen Beschäftigungsprobleme zu lösen.

Die Umwandlung der sozialistischen Planwirtschaft in die Soziale Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern kann nicht ernsthaft als einzige Ursache der Wachstumsschwäche in Deutschland gelten. Auch ohne Wiedervereinigung hätte sich die alte Bundesrepublik massiv verändern müssen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Im Übrigen wendet Westdeutschland derzeit zwar vier Prozent seines Bruttoinlandsproduktes für Transfers in die neuen Länder auf. Gegenzurechnen sind aber auch die Vorteile, die Westdeutschland aus den neuen Ländern zieht; der Osten ist ein Markt, auf dem westdeutsche Unternehmen zusätzliches Geld verdienen.

Die Vollendung der Einheit ist eine gemeinsame nationale Kraftanstrengung. Es ist nicht hinzunehmen, dass die Schere zwischen Ost und West seit 1998 wieder weiter auseinander geht. Deutschland braucht ein in der Gesellschaft fest verankertes Verständnis dafür, dass der Wohlstand des Landes insgesamt von einer guten wirtschaftlichen Entwicklung der neuen Länder abhängt.

Innerhalb des Zeitraumes 1992 bis 2003 ist Deutschland im Blick auf das Pro-Kopf Einkommen in der Europäischen Union vom dritten auf den 11. Platz zurückgefallen. Bezogen auf das Sozialprodukt pro Kopf hat uns Großbritannien bereits Ende der 90er Jahre überholt; Frankreich folgte wenig später. Inzwischen sind auch Länder wie die Niederlande und

Irland an uns vorbeigezogen. Sogar Länder wie Griechenland, Portugal und Spanien haben zu Deutschland deutlich aufgeholt.

Diese Entwicklung ist keine zwangsläufige Folge weltwirtschaftlicher Entwicklungen. Andere entwickelte Volkswirtschaften haben ihre Potentiale wesentlich besser als Deutschland genutzt. Unser Land macht derzeit zu wenig aus den Chancen, die es hat. Deutschland kann mehr.

Deutschland ist mit seinem Wirtschafts- und Sozialsystem dem immer härteren internationalen Standortwettbewerb immer weniger gewachsen. Durch die enge Anbindung der sozialen Sicherungssysteme an die Arbeitskosten bei zunehmend problematischer Altersstruktur der Bevölkerung, durch ein hohes Maß an Regulierung und Bürokratie, durch unflexible Vorschriften des Arbeitsrechtes, durch ein selbst für Spezialisten kaum mehr überschaubares kompliziertes Steuerrecht und nicht zuletzt auch durch im OECD-Bereich an der Spitze liegende Arbeitskosten wird es für Unternehmen aus dem In- und Ausland zunehmend unattraktiver, am Standort Deutschland zu investieren und zu produzieren.

Die deutsche Wachstumsschwäche führt inzwischen zu realen Wohlstandsverlusten. Hätte sich in den zurückliegenden 10 Jahren das Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland ähnlich wie in den anderen Ländern der alten Europäischen Union entwickelt, dann hätte es 2003 bei 27.000 Euro und nicht nur bei 24.000 Euro liegen müssen. Bei gleicher Entwicklung wäre Deutschland in diesem Zeitraum von Platz 3 auf Platz 4 gerutscht; tatsächlich ist unser Land aber auf Platz 11 abgestürzt. Und schließlich wäre das Bruttoinlandsprodukt um 245 Milliarden Euro höher ausgefallen mit allen positiven Folgen für die öffentlichen Haushalte und die Sozialkassen. Ohne die Wachstumsverluste der letzten zehn Jahre hätten die öffentlichen Haushalte in Deutschland solide und vor allem ohne Neuverschuldung aufgestellt werden können.

Dabei waren es vor allen Dingen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte beigetragen haben, denn bei insgesamt sinkender Steuerquote ist der Lohnanteil am Steueraufkommen in den letzten 20 Jahren gestiegen, der Anteil der Steuern auf Gewinne und Vermögen jedoch zurückgegangen.

Seit Anfang der 70er Jahre steigt in Deutschland die Sockelarbeitslosigkeit mit jedem Konjunkturzyklus an. Nach der amtlichen Statistik ist gegenwärtig jeder zehnte Arbeitnehmer arbeitslos. Hinzugerechnet werden müssen aber noch viele Menschen, die an Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen oder die sich nicht mehr arbeitslos melden, weil sie keine Chance sehen, einen Arbeitsplatz zu finden. Gut 50 Prozent der Arbeitslosen sind länger als 12 Monate ohne Beschäftigung. In Deutschland finden lediglich 18 Prozent der Arbeitslosen innerhalb von sechs Monaten eine neue Beschäftigung; in Dänemark beispielsweise kehren 60 Prozent der Arbeitslosen innerhalb eines halben Jahres auf den Arbeitsmarkt zurück.

Besonders dramatisch ist die Situation der gering oder gar nicht qualifizierten sowie der älteren Arbeitnehmer, die kaum Chancen haben, auf dem Arbeitsmarkt unterzukommen. Mehr als 40 Prozent aller deutschen Arbeitslosen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Bereits im Jahr 2002 waren in mehr als der Hälfte aller deutschen Betriebe keine Arbeitnehmer mehr beschäftigt, die älter als 50 Jahre sind.

Insgesamt fehlen in Deutschland heute Arbeitsplätze für rund 15 Prozent der Menschen im erwerbsfähigen Alter. Betroffen sind insgesamt etwa sechs Millionen Menschen. Deutschland ist das derzeit einzige Land in der Europäischen Union, dessen Beschäftigtenzahlen rückläufig sind.

Arbeitslosigkeit ist die gravierendste Gerechtigkeitslücke in Deutschland

3. Arbeit dient neben dem Zweck der Sicherung des Lebensunterhaltes auch ganz wesentlich der Identitätsfindung und der Sinnstiftung der Menschen. Deshalb ist aus Sicht der CDU das Problem der Arbeitslosigkeit kein ausschließlich finanzielles Problem. Für viele Menschen ist die produktive Tätigkeit im Umgang mit anderen Menschen ein zentraler Bereich ihres gesellschaftlichen Lebens; Arbeitslosigkeit und insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit führt zu einem hohen Verlust an Lebenszufriedenheit, zu einer Minderung des Selbstwertgefühls und zu dem entmutigenden Gefühl, aus der Gesellschaft ausgegrenzt zu sein.

Die hohe Arbeitslosigkeit kann auch deshalb nicht als ausschließlich fiskalisches Problem betrachtet werden, weil in eine volkswirtschaftliche Kostenrechnung der Arbeitslosigkeit nicht nur die Transferzahlungen an Arbeitslose und die nicht geleisteten Steuern und Abgaben eingerechnet werden dürfen. Der viel größere volkswirtschaftliche Kostenblock einer solchen Rechnung ist in der Verschwendung der Arbeitskraft vieler Menschen zu sehen. Eine Gesellschaft, die Arbeitslosigkeit in nennenswertem Umfang zulässt, verschwendet die Kenntnisse und Fertigkeiten der Arbeitslosen. Das vorhandene Erwerbspotential wird teilweise brach liegen gelassen.

Experten schätzen die volkswirtschaftlichen Kosten der Unterbeschäftigung in Form des Verlustes an Waren und Dienstleistungen auf 15 Prozent des Sozialproduktes. Als Faustregel kann gelten, dass eine Million Arbeitslose zu rund 25 Milliarden Euro Einnahmeverlusten in den öffentlichen Haushalten bzw. Mehrausgaben bei der Bundesagentur für Arbeit und zu 6 Milliarden Euro Mindereinnahmen bei den Sozialversicherungsträgern führen.

Die CDU widerspricht nachdrücklich der These, dass Arbeitslosigkeit darauf zurück zu führen sei, dass es nicht ausreichend Arbeit gebe. Von der Pflege am Menschen bis zum Umweltschutz gibt es hinreichend viele Beispiele für Arbeit, die sinnvoll und wünschenswert ist, die aber nicht geleistet wird, weil es keine Nachfrage nach Arbeitskräften zu Löhnen und Entgelten gibt, die den Marktwert der erbrachten Leistung übersteigen. Darin ist ein wesentlicher Grund für die Unterbeschäftigung in Deutschland zu sehen. Die These wird auch dadurch widerlegt, dass rund 17 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gegenwärtig in der Schattenwirtschaft erwirtschaftet werden. 370 Milliarden Euro fließen dadurch jährlich unversteuert am Fiskus vorbei.

Eine weitere Ursache dieser Entwicklung ist der Ausbau des Sozialstaates mit einem Transferleistungs-System, in dem Fehlanreize und falsche Lenkungswirkungen systemimmanent sind. Alleine die Bruttoausgaben für die Sozialhilfe im engeren Sinn haben sich im Verhältnis zu den kommunalen Gesamtausgaben im Zeitraum von 1970 bis 1997 mehr als verdreifacht. Das deutsche Sozialtransfer-System hat den Sozialstaat zu einem Wettbewerber der Privatwirtschaft werden lassen, der teilweise konkurrenzlos günstige Alternativen zum Einkommenserwerb durch Arbeit anbietet. Im Vergleich sind am Arbeitsmarkt erzielbare Löhne gegenüber Transferleistungen unter Umständen kein ausreichender Arbeitsanreiz,

insbesondere wenn die Transferleistungen durch Schwarzarbeit ergänzt werden.

Im Zuge des Ausbaus des Sozialstaates sind zahlreiche Schutzbestimmungen für Arbeitnehmer gesetzlich verankert worden. Diese Regulierungen führen im Ergebnis oft dazu, dass Unternehmen bei Auftragsspitzen eher Mehrarbeit anordnen als Neueinstellungen vornehmen. Viele Regelungen, die ursprünglich zum Schutz von Arbeitnehmern geschaffen wurden, haben inzwischen ungewollte Nebenwirkungen entfaltet, indem sie oftmals mehr Beschäftigung verhindern.

Im Ergebnis werden im Namen des Sozialstaates die Hürden für Arbeitslose, eine neue Beschäftigung zu finden, immer weiter erhöht.

Deutschland braucht eine Strukturreform seines Arbeitsmarktes, die zu einer grundlegenden Vereinfachung und Entbürokratisierung des Arbeitsrechtes und zu wesentlich mehr Flexibilität im Arbeitsleben führt, damit Neueinstellungen erleichtert werden.

Für die CDU gilt der Grundsatz: Arbeit für alle ist ein Kernstück sozialer Gerechtigkeit. Der Kapitalismus kennt "Arbeit für alle" nicht als erstrebenswertes Ziel; für die Soziale Marktwirtschaft aber gilt: Jeder wird gebraucht, keiner darf ausgegrenzt werden. Es gilt aber auch: Wer arbeitslos ist, arbeiten kann und staatliche Transferleistungen bezieht, der hat die Pflicht, entweder eine angebotene zumutbare Arbeit auch tatsächlich anzunehmen oder aber sich weiterzubilden, damit seine Chancen auf dem Arbeitsmarkt steigen.

Arbeit dient neben dem Zweck der Sicherung des Lebensunterhaltes auch ganz
Wir können Zukunft gewinnen - wir verfügen über Handlungsoptionen!

4. Deutschland muss sich auf seine Stärken besinnen und diese ausbauen. In der Konkurrenz um modernste Produkte und Verfahren sowie kostengünstigste Produktionsweisen verfügt Deutschland sehr wohl über zahlreiche Handlungsoptionen und Erfolgsaussichten. Die CDU ist davon überzeugt, dass es für die Menschen in Deutschland auch im Zeitalter der Globalisierung positive Entwicklungen geben kann. Unser Land lebt von der Leistung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Sie müssen alle Chancen erhalten, dass ihre Arbeit auch zum Erfolg führen kann. Zwar werden wir als traditionelles Hochlohnland im Blick auf die reinen Arbeitskosten nicht mit Ländern konkurrieren können, die gerade erst begonnen haben, den Aufbruch in die Moderne zu schaffen. Aber wir haben Chancen, mit technisch anspruchsvollen Produkten auf den Weltmärkten zu bestehen, wenn diese Produkte hinsichtlich Qualität, Modernität und Preis-Leistungs-Verhältnis deutliche Vorzüge gegenüber anderen Anbietern haben. Deutschland muss den Mut haben, sich dem globalen Wettbewerb zu stellen, statt sich gegen ihn abzuschotten.

Deutschland kann im globalen Wettbewerb gewinnen, wenn es bereit ist, überholte Regelungen des Wirtschaftens und Arbeitens auf den Prüfstand zu stellen. Die Telekommunikationsbranche hat in der Vergangenheit einen enormen Strukturwandel durchlaufen und sie hat dabei erheblich zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beigetragen. Wir müssen erkennen, wo unsere Erwerbsstrukturen unter veränderten Bedingungen nicht mehr zeitgemäß sind und wo neue Regelungen erforderlich sind.

In vergleichbaren europäischen Ländern lässt sich ablesen, dass es wirksame Strategien gegen die Arbeitslosigkeit gibt. Ein Bericht der EU-Kommission bezeichnet z.B. den Arbeitsmarkt in Dänemark als den "flexibelsten und funktionsfähigsten in Europa". In Däne-

mark hat es in der Vergangenheit eine umfassende Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente gegeben: Die Unternehmenssteuern wurden gesenkt. Das entlastete die Betriebe und brachte die Konjunktur auf Trab. Zusätzliche Dynamik ging von moderaten Lohnabschlüssen aus. Sie machten die Schaffung neuer Arbeitsplätze wieder bezahlbar. Gleichzeitig wurde der Kündigungsschutz abgebaut; im Gegenzug hat man die Lohnersatzleistungen aufgestockt. Hinzu kommt, dass in Dänemark die Lohnzusatzkosten vergleichsweise gering sind, da dort das System der sozialen Sicherheit in stärkerem Maße durch Steuermittel finanziert wird. Als besonders wirksam hat sich die Vorschrift erwiesen, dass ein Arbeitsloser innerhalb eines Jahres einen Job annehmen muss, sofern ihm einer angeboten wird. Dänemark hat seine Arbeitslosenquote von rund 10 Prozent im Jahr 1993 auf 5,6 Prozent im Jahr 2003 fast halbieren können. In Irland, das seinen Arbeitsmarkt in den letzten Jahren weitreichend umgebaut hatte, sank die Arbeitslosenquote von 15,4 Prozent im Jahr 1993 auf nur noch 4,6 Prozent im Jahr 2003.

Berechnungen haben gezeigt, dass Arbeitskostensenkungen, Lohnzurückhaltung und Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich auch in Deutschland zu deutlichen Erfolgen führen würden. Dies würde dazu führen, dass die Arbeitslosigkeit in unserem Land weitgehend beseitigt würde, ohne dass deshalb das Nettoeinkommen der Arbeitnehmer sinken müsste.

Es gehört zu den politischen Irrtümern des Sozialismus, der davon überzeugt war, die Konjunktur und sogar die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt könne umfassend und punktgenau gesteuert werden. Eine vernünftige Wirtschaftspolitik kann und muss aber sehr wohl verlässliche Rahmenbedingungen setzen. Wirtschaftspolitik ist nicht in erster Linie der Konjunktur verpflichtet, sondern einem mittel- und langfristig stabilen Wachstumspfad. Wir bekennen uns zum Wettbewerb um die besten Lösungen für mehr Wachstum und Arbeit.

Wachstum ist nicht alles - aber ohne Wachstum ist alles nichts!
Welches Wachstum wollen wir?

5. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes ist nach wie vor ein entscheidender und gültiger Indikator für erfolgreiches Wirtschaften, für ein erfolgreiches Land und für ein erfolgreiches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Gemessen werden die Veränderung des Wertes der über den Markt ausgetauschten Produkte und Dienstleistungen. Steigendes Bruttoinlandsprodukt bezeugt wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt sowie materiellen Wohlstand; geringes oder fehlendes Wachstum führt zu wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Abstieg und Rückschritt.

Für uns bedeutet Wachstum weitaus mehr als die Mehrung von Gütern und Dienstleistungen. Wir wollen kein "blindes" Wachstum. Nach unserem Verständnis bedarf es eines erweiterten qualitativen Wachstumsbegriffes, der nicht nur den Zuwachs der mit Gewinn vermarkteten Produkte und Dienste in Blick nimmt, sondern der auch alle anderen Wirkungen erfasst, die mit dem wirtschaftlichen Wachstum verbunden sind:

- Wir stehen für ein wirtschaftliches Wachstum, das den Menschen dient und das die nicht-materiellen Grundlagen unserer Gesellschaft fördert. Dazu zählt vor allem die Familie. Erwerbsarbeit muss mit der Arbeit in der Familie vereinbar sein. Dies gilt insbesondere für die Erziehung von Kindern und Jugendlichen sowie die Pflege von Angehörigen. Auf der Grundlage des christlichen Verständnisses vom Menschen ver-

tritt die CDU entschieden die Auffassung, dass die Wirtschaft dem Menschen zu dienen hat, nicht umgekehrt.

- Wir stehen für ein wirtschaftliches Wachstum, das auf Technologieführerschaft gründet. Wissen ist die Grundvoraussetzung dafür, dass in Deutschland ausgereifte technologische Produkte entwickelt, produziert und vermarktet werden, die führend auf dem Weltmarkt sind. Unser Ziel ist die moderne Wissensgesellschaft, unser Leitbild ist der Aufbruch in die lernende Gesellschaft.
- Wir stehen für ein wirtschaftliches Wachstum, das Beschäftigung fördert. Wachstum ist kein Selbstzweck, sondern die Voraussetzung dafür, dass alle am Arbeitsleben teilhaben können. Studien belegen, dass die Beschäftigungsschwelle in Deutschland besonders hoch ist. Das Missverhältnis zwischen schwachem Wachstum und hoher Beschäftigungshürde muss umgekehrt werden zu ausreichendem Wachstum und niedriger Hürde für Neueinstellungen.
- Wir stehen für ein wirtschaftliches Wachstum, das den Sozialstaat sichert und die soziale Leistungsfähigkeit Deutschlands erhält. Es gehört zu den großen Stärken der Sozialen Marktwirtschaft, dass sie die Marktordnung und die Ordnung der sozialen Leistungen zu einem ordnungspolitischen Ganzen zusammenführt. Beim Übergang in die Wissensgesellschaft müssen wir denen Hilfe anbieten, die ansonsten zu Modernisierungsverlierern würden.
- Wir stehen für ein wirtschaftliches Wachstum, das vom Wettbewerb lebt und das als Ergebnis von mehr Wettbewerb, mehr Freiheit und mehr Deregulierung entsteht. Wettbewerb ist Ausdruck unseres Menschenbildes: Er fordert den Leistungswillen des Einzelnen heraus und dient damit zugleich dem Wohl des Ganzen. Wettbewerb stellt sicher, dass Innovationen rasch erfolgen; deshalb ist Wettbewerb Garant der Modernität.
- Wir stehen für ein wirtschaftliches Wachstum, das den schlanken, aber starken Staat voraussetzt und uns in die Lage versetzt, die notwendigen Ausgaben des Staates aus seinen laufenden Einnahmen zu finanzieren. Wir dürfen nicht länger auf Kosten kommender Generationen leben und ihnen die Lasten unseres "Wohlstandes auf Pump" aufbürden. Alle staatlichen Ebenen müssen angesichts dieser Aufgabe prüfen, ob alle Aufgaben, die sie im Laufe von Jahrzehnten übernommen haben, auch in Zukunft durch den Staat erfüllt werden müssen. Wir brauchen Wachstum, um die Gerechtigkeit zwischen den Generationen wieder herstellen zu können.
- Wir stehen für ein wirtschaftliches Wachstum, das die Schöpfung bewahrt. Unser Verständnis von Wachstum schließt die schonende Nutzung der natürlichen Ressourcen durch den Einsatz modernster Produktionsmethoden und den Weg ökologisch ehrlicher Preise für die Inanspruchnahme von Umwelt ein. Die Entwicklung nachhaltiger innovativer Produkte schafft neue wirtschaftliche Perspektiven.
- Wir stehen für ein wirtschaftliches Wachstum, das uns die Möglichkeit eröffnet, Verantwortung in der Welt wahrzunehmen und somit nicht alleine uns Deutschen zugute kommt, sondern auch den Ländern Wachstumschancen eröffnet, die ohne unsere Hilfe chancenlos blieben. Wir brauchen Wachstum, um eine kontinuierliche Entwicklungszusammenarbeit vor allem mit den ärmsten Ländern der Erde finanzie-

ren zu können. Nur so können wir unserer Verantwortung gerecht werden für die Eine Welt, in der wir alle leben.

II. Wachstum, das auf Bildung und Wissenschaft gründet

Leitsatz:

Lange Zeit hindurch haben Arbeit und Kapital die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland entscheidend geprägt. Heute hat neben Kapital und Arbeit das Wissen eine ähnlich prägende Bedeutung gewonnen. Bildung und Wissenschaft sind deshalb Schlüsselfragen des 21. Jahrhunderts. Die Entwicklung, Herstellung und erfolgreiche Vermarktung technologisch hochstehender Produkte erfordern hochqualifizierte Arbeitnehmer und Unternehmer. Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung bilden das durch nichts zu ersetzende Fundament für Wachstum und Wohlstand. Wohlstand für alle setzt Bildung für alle voraus. Bildung ist der Schlüssel für individuelle Lebenschancen, für kulturelle Teilhabe, für zukunftssträchtige Entwicklungen und Innovationen in Deutschland. Die wirtschaftliche Umsetzung neuer Ideen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ist eine notwendige Voraussetzung für neues Wachstum.

6. Der Zugang zu Bildung und Ausbildung muss allen offen stehen, damit keine Begabung ungenutzt bleibt. Alle müssen ihre Leistungskraft und ihre Talente entfalten können, damit sich in Deutschland wieder mehr Wachstum und Innovation entwickeln können. Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands hängt nicht zuletzt von seinen Eliten ab. Unser Land braucht Eliten in allen Bereichen kultureller, forschender, wirtschaftlicher, handwerklicher und sozialer Tätigkeiten. Wir brauchen die Forscher von Weltrang ebenso wie die qualifizierten Facharbeiter. Die Abwanderung junger Leistungsträger schwächt unsere Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb müssen wir alles daran setzen, dass unsere Eliten in Deutschland attraktive Ausbildungs-, Studien- und Arbeitsbedingungen vorfinden, die sie anregen und die es ihnen ermöglichen, ihre herausragenden Talente zu entfalten: zur Gewinnung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse, zur Entwicklung neuer Produkte und Verfahren und zur Gründung von innovativen, erfolgreichen Unternehmen.

Globalisierung bedeutet eine zunehmend erforderliche Internationalität der beruflichen Bildung und der Hochschulausbildung. Darüber hinaus müssen wir Anreize für Leistungsträger aus dem Ausland setzen, ihre Fähigkeiten in deutsche Bildungseinrichtungen einzubringen. Dies setzt zwingend voraus, dass die Studiengänge in Deutschland nach internationalen Maßstäben organisiert und die Abschlüsse damit international vergleichbar werden.

Das deutsche Bildungswesen muss stärker an dem Ziel ausgerichtet werden, wirkliche Leistungs- und Verantwortungseliten hervorzubringen. Die gezielte Förderung von Hochbegabten darf nicht als weniger wichtig erachtet werden als die Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher. Lernen und Leistung müssen im öffentlichen Bewusstsein wieder einen höheren Stellenwert erhalten. Eine Politik, die Eltern, Schülern und Studenten vorgaukelt, es könnten ohne viel Aufwand und sozusagen spielerisch möglichst hohe Abschlüsse erzielt werden, bietet eine schlechte Vorbereitung auf die im späteren Berufsleben geforderten Arbeitstugenden und Leistungen.

Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft sind durch ihr besonderes pädagogisches Profil und ihr anerkannt hohes Niveau eine positive Herausforderung für die Bildungsangebo-

te des Staates. Es kann der Qualität öffentlicher Schulen und Hochschulen nur zugute kommen, wenn sie im Wettbewerb mit privaten Bildungseinrichtungen stehen. Außerschulische Partner wie Vereine, Verbände oder Musikschulen können das schulische Angebot ergänzen und bereichern. Entscheidend ist die Ausrichtung an einem pädagogischen Gesamtkonzept.

Die CDU setzt gerade in Schule und Hochschule auf die besonderen Chancen, die der Wettbewerbsföderalismus in Deutschland bietet. Um die Lernergebnisse der Schulformen und Länder besser vergleichen zu können, befürworten wir zentrale Prüfungen in den Ländern beim Hauptschulabschluss, beim Realschulabschluss und beim Abitur. Eingriffe des Bundes in die Kulturhoheit der Länder beeinträchtigen den Wettbewerb der Länder untereinander; die CDU lehnt solche Eingriffe entschieden ab.

Angesichts des globalen Wettbewerbsdrucks muss das deutsche Bildungswesen in seinen Ergebnissen internationalen Maßstäben genügen. Dazu sind sowohl internationale Leistungsvergleiche wie auch nationale Vergleichsstudien zwischen den Bundesländern erforderlich. Alarmierend ist, dass in fast allen internationalen Vergleichstests - insbesondere bei der Sprachkompetenz und in Mathematik - die Leistungen deutscher Schüler deutlich unter dem OECD-Durchschnitt liegen. Hier muss in der Bildungspolitik der Länder angesetzt werden, soll die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands nachhaltig verbessert werden. Von den in nationalen Qualitätsvergleichen erwiesenen guten Ergebnissen in den unionsgeführten Ländern sollen alle Kinder und Jugendlichen in ganz Deutschland profitieren können.

Wir lehnen eine Gemeinschaftsaufgabe ‚Bildungsplanung‘ ab. Die Kultusministerkonferenz (KMK) muss verschlankt werden und künftig flexibler arbeiten.

Verbindliche Standards für schulische und vorschulische Bildung

7. Die Familie ist und bleibt zentraler Ort der Erziehung. Die Schule wäre überfordert, wenn ihr die primäre Verantwortung für die Erziehung von Kindern und Jugendlichen zugewiesen würde. Kindertagesstätten und Schulen bilden die Kinder in enger Abstimmung mit den Eltern.

Wesentliches Ziel der Elementarerziehung ist die Grundlegung einer Entwicklung des Kindes zu einer eigenständigen und urteilssicheren Persönlichkeit sowie die Vermittlung grundlegender Werte. Dazu leistet der Religionsunterricht einen wesentlichen Beitrag. Die CDU tritt deshalb dafür ein, dass Religionsunterricht in allen Bundesländern zum Kanon der ordentlichen Lehrfächer zählt.

Beim Einstieg in die Schullaufbahn zeigt sich, dass die Schülerinnen und Schüler heute weitaus größere Unterschiede im Entwicklungsstand und in den Lernvoraussetzungen aufweisen als in früheren Jahren. Die Grundschule muss deshalb auch gezielt dafür Sorge tragen, dass unterschiedliche Bildungsvoraussetzungen durch individuelle Förderung ausgeglichen werden. Dabei muss die Grundschule insbesondere im sprachlichen Bereich auf Maßnahmen der vorschulischen Förderung aufbauen können. Dies gilt vor allem für Kinder aus Migranten-Familien mit nur geringen Kenntnissen der deutschen Sprache. Kindergärten und Kinderhorte müssen intensiv darauf hinarbeiten, dass die von ihnen betreuten Kinder grundschulfähig werden. Kinder ohne ausreichende deutsche Sprachkenntnisse

müssen von der Einschulung zurückgestellt werden und erst durch Sprachunterricht darauf vorbereitet werden.

Bildung beginnt nicht erst in der Schule. Die Stärkung frühkindlicher Bildung und Erziehung in Familie und Kindertagesstätte ist die Voraussetzung für mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung von Bildungschancen, für eine stärkere Entkoppelung von sozialer Herkunft und schulischer Leistung und damit auch der Schlüssel dazu, dass jede Begabung sich entfalten kann. Notwendig ist ein Bildungskonzept für die ersten zehn Lebensjahre eines Kindes wie es in einigen unionsgeführten Ländern eingeführt wird. Kindertagesstätten haben den Auftrag zur Erziehung, zur Bildung und zur Betreuung. Dieser Auftrag muss gestärkt werden durch eine verbesserte Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher, die befähigt sein müssen, den ihnen anvertrauten Kindern altersgerechte erste Wege in die Wissensgesellschaft zu eröffnen. Dazu gehören eine Stärkung der Sprachkompetenz, der musischen und bewegungsorientierten Erziehung und Bildung, eine Förderung der Kinder mit dem Ziel, die rechtzeitige Einschulung zu ermöglichen und das Aufarbeiten von Defiziten benachteiligter Kinder.

Elternhaus, Kindergarten und Grundschule schaffen die Voraussetzungen für den Erwerb von Sprachkompetenz. Dies gilt nicht allein für die deutsche Sprache. Weil gerade in jungen Jahren der Erwerb von Sprache leicht fällt, muss die moderne Grundschule ab der ersten Klasse altersgerecht an Grundkenntnisse in einer Fremdsprache herantreten. Die heutigen Schüler werden künftig in einer Welt agieren, in der Fremdsprachenkenntnisse unabdingbarer Schlüssel für beruflichen Erfolg sind. In den Gymnasien sollen mindestens zwei Fremdsprachen durchgängig bis zum Abitur unterrichtet werden.

Im Elternhaus, im Kindergarten und in der Grundschule wird das tragende Fundament einer lebenslangen Bildungsbiographie gelegt. Begabte Kinder bedürfen ebenso der intensiven Förderung, wie Kinder mit Benachteiligungen. Defizite beim Erwerb grundlegender Kulturtechniken wirken sich gravierend auf den weiteren Bildungserwerb aus. Deshalb ist es wichtig, dass der Unterricht der Grundschule auch im häuslichen Umfeld und in betreuenden Einrichtungen stützend begleitet wird. Dabei ist die Zusammenarbeit mit der Familie im Sinne einer Erziehungs- und Bildungsberatung zu intensivieren.

Die Schule muss ihre Lerninhalte auf eine sich mit hoher Geschwindigkeit fortentwickelnde Wissensgesellschaft einstellen. Dazu gehört auch eine Ergänzung des Unterrichtskanons um ökonomische Zusammenhänge, die gerade für die Soziale Marktwirtschaft im Kontext von Globalisierung und demographischem Wandel grundlegend ist. Moderne technologische Entwicklungen müssen zeitnah Eingang in die Lehrpläne finden und den Lehrkräften in Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zugänglich gemacht werden, um sicher zu stellen, dass diese kompetent im Schulunterricht behandelt werden. Dem Umgang mit dem Computer kommt grundlegende Bedeutung zu. Er muss möglichst früh in die schulische Bildung einbezogen werden. In diesem Zusammenhang muss jeder Schüler die Fähigkeit erwerben, den Computer als Arbeitsmittel einsetzen zu können. Die zielorientierte Arbeit mit Informationsangeboten im Netz und anderen Medien muss in den Fachunterricht integriert werden. Generell gilt, dass die Schule mehr Bildungs- und Ausbildungsangebote entwickeln muss, die auf moderne Berufsfelder ausgerichtet sind.

Zu den Lernangeboten gehören in allen Schularten ab Klasse 7 berufspraktische Seminare in Unternehmen. Dadurch sollen die Schülerinnen und Schüler frühzeitig Einblicke in das Berufsleben zu bekommen und die Werte des Arbeitslebens als Bildungsbestandteil auf-

nehmen. Es ist ein positives Unternehmerbild und die Selbständigkeit als Wert an sich zu vermitteln.

Um die Qualität des Bildungswesens in Deutschland zu verbessern und zu sichern, müssen die schulartspezifischen Profile deutlich geschärft und die Durchlässigkeit der Schularten untereinander von Reibungsverlusten befreit werden. Aus Sicht der CDU ist heute ein Ausstieg aus gewachsenen unterschiedlichen Schulstrukturen kein geeigneter Beitrag zur Modernisierung unseres Bildungswesens. Die ideologisch geprägte Diskussion um eine "Einheitsschule" ist in keiner Weise zielführend. Deutschland braucht keine neue Debatte über Schulstrukturen. Die Einheitsschul-Debatte lenkt von den zentralen Fragen der Verbesserung der Schulqualität ab. Solange die einzelnen Schularten und Lernkonzepte wechselseitig durchlässig und auf diese Weise Korrekturen an Schullaufbahnentscheidungen möglich bleiben, sind unterschiedliche Lernwege eine geeignete Grundlage für ein begabungsgerechtes Schulwesen.

Ziel der Profilstärkung unserer Schulen muss sein, die Grundbildungsstandards zu optimieren. Dies kann erreicht werden, wenn Begabungsreserven umfassender als bisher erschlossen, Risikogruppen minimiert und Spitzengruppen maximiert werden. In diesem Zusammenhang tritt die CDU dafür ein, in allen 16 Ländern der Bundesrepublik Deutschland verbindliche Bildungsstandards einzuführen. Die in jüngster Zeit in verschiedenen internationalen Schulvergleichsstudien sichtbar gewordenen, teilweise erheblich unterschiedlichen Bildungsniveaus in den Bundesländern dürfen keinen Bestand haben.

Mit der Einführung von verbindlichen Bildungsstandards sollen die Schulen zugleich auch größere Freiräume erhalten. Dazu gehören unter anderem mehr eigenständige Verantwortung für die Verwendung von zugewiesenen Finanzmitteln und mehr Verantwortung der Schulleitung für Personalauswahl und Personalentwicklung. Eigenverantwortung führt zu einem fruchtbaren Wettbewerb guter Ideen und zur Entwicklung besonderer pädagogischer Akzente; beides ist Schlüssel für mehr Leistung und Qualifikation.

Grundsätzlich gilt, dass überlange Ausbildungszeiten verkürzt werden müssen, die für das Lernen aufgewandte Zeit aber nicht weniger werden darf. Das Abitur soll überall in Deutschland nach 12 Schuljahren abgelegt werden können.

In der gymnasialen Oberstufe ist der Allgemeinbildung Vorrang vor der Spezialisierung zu geben. Der Fächerkanon der weiterführenden Schulen ist dahin gehend zu überprüfen, dass Überschneidungen vermieden werden. In allen Fächern soll stärker als bisher das freie Sprechen eingeübt werden. Im Fach Sozialkunde sollen verstärkt Themen mit Bezug zur Wirtschaft praxisnah behandelt werden.

Die an den Schulen einzuführende Standards und Qualitätsnormen bedürfen der stetigen Evaluation. In den Ländern können einerseits Einrichtungen wie z. B. ein Schul-TÜV die Schulen beraten und neben den Lernleistungen auch die Methodenvielfalt, die Lernkultur, das Schulmanagement und die Professionalität der Lehrer bewerten. Andererseits können die Standards und Normen durch die regelmäßige Durchführung von Vergleichsarbeiten überprüft werden. Die Vergleichsarbeiten bzw. die Lernleistungen an Schulen können dann anonymisiert veröffentlicht werden, um Eltern und Schülern umfassende Informationen über Qualität und Ausrichtung der Schule zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig wird so der Wettbewerb zwischen den Bildungseinrichtungen gestärkt.

Neben nachmittäglichen Betreuungsangeboten, Schulsozialarbeit, Schuljugendarbeit und Kooperation mit der Jugendhilfe soll das Angebot an Ganztagschulen ausgeweitet werden.

Kindertagesstätten, Grundschulen und weiterführende Schulen sollen gut vernetzt sein mit den Angeboten in der jeweiligen Gemeinde. Ohne die ehrenamtliche Arbeit von Vereinen und Verbänden könnte die wichtige Kinder- und Jugendarbeit nicht durchgeführt werden. Sie stärkt Kinder und Jugendliche auf dem Weg des Erwachsenwerdens.

Die Ganztagschule ist eine Chance zu mehr Familienfreundlichkeit. Sie erleichtert es Eltern, Familie und Beruf zu vereinbaren. Sie gibt Kindern mehr Zeit zum Lernen, zur Einübung des Erlernten und zur kreativen Entwicklung ihrer Fähigkeiten und Begabungen. Sie eröffnet neue Möglichkeiten zur individuellen Betreuung und Förderung aller Schülerinnen und Schüler, insbesondere der schwächeren wie auch der hoch begabten. Sie ermöglicht eine verbesserte schulische und soziale Integration der Kinder und Jugendlichen.

Deshalb tritt die CDU für die schrittweise Einführung eines flächendeckenden und bedarfsgerechten Ganztagschulsystems ein.

Die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher sowie die Lehrerbildung ist der Schlüssel für die erzieherische Qualität von Kindertagesstätten und Schulen. Im Mittelpunkt dieser Ausbildung muss der "pädagogische Ernstfall" stehen; deshalb treten wir dafür ein, dass Praktika einen Kernbestandteil des Lehrerstudiums bilden. Über das fachliche und fachdidaktische Studium hinaus müssen Lehrer auch zur Erziehung in der Schule befähigt werden. Dazu gehört, dass die Lehrerinnen und Lehrer sich eine solide Medienkompetenz aneignen müssen, um den Schülerinnen und Schülern Hilfen zur Verarbeitung der auf sie einwirkenden medialen Einflüsse vermitteln zu können. Lehrerinnen und Lehrer sind verpflichtet, ihr im Studium erworbenes Wissen durch regelmäßige Fortbildungsmaßnahmen aufzufrischen. Dazu gehört, dass Lehrerinnen und Lehrer solide Kenntnisse zum Beispiel im Bereich der Entwicklungspsychologie erwerben, um Schülerinnen und Schüler individuell fördern, in geeigneter Weise fordern und sie zum eigenständigen Lernen befähigen zu können.

Berufsbildung in gemeinsamer Verantwortung von Schule und Wirtschaft

8. Die in Deutschland seit langem praktizierte duale Ausbildung an den Lernorten Betrieb und berufsbildende Schule hat sich - nicht zuletzt auch im internationalen Vergleich - bewährt. Ihr Vorzug ist die enge Verzahnung von Bildungs- und Beschäftigungssystem durch die gemeinsam getragene Verantwortung und enge Kooperation von Betrieb und Schule. In keinem anderen Bereich unseres Bildungswesens arbeiten Bildung und Wirtschaft so eng zusammen. Vom Gelingen dieser Zusammenarbeit hängt die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland nicht unerheblich ab. Diese Zusammenarbeit sichert zuverlässig die Qualität der beruflichen Bildung. Eine qualitativ hoch stehende Berufsausbildung ist zugleich die beste Vorbeugungsmaßnahme gegen Jugendarbeitslosigkeit.

Die Berufsschulen müssen den Auszubildenden auf hohem Niveau und auf dem jeweiligen Stand des Wissens die notwendige berufsspezifische Bildung vermitteln. Dazu braucht die Berufsschule gut qualifiziertes Personal, eine moderne Sachausstattung und einen modernen Unterricht. Besonders qualifizierten Berufsschülern ist eine verkürzte Ausbildungszeit zu ermöglichen.

Auch für die Berufsschulen muss eine Vergleichsstudie durchgeführt werden, die es erlaubt, die Leistungsfähigkeit der Berufsschulen zu überprüfen und entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen.

Eine solide berufliche Ausbildung erhalten zu können, ist Teil des Generationenvertrages. Sie ist unverzichtbar für die gesamte Wirtschaft, die unabhängig von konjunkturellen Verläufen darauf angewiesen ist, über gut ausgebildete Nachwuchskräfte verfügen zu können. Wirtschaft und Politik stehen gemeinsam in der Verantwortung, alles daran zu setzen, dass jeder junge Mensch, der ausbildungswillig und ausbildungsfähig ist, auch tatsächlich einen Ausbildungsplatz erhalten kann. Die Debatte über eine Ausbildungsplatzabgabe hat die Bemühungen um mehr Ausbildungsplätze nicht gefördert, sondern erheblich belastet. Eine nachhaltige Verbesserung des Angebotes an Ausbildungsplätzen wird nur erreicht durch eine bessere wirtschaftliche Perspektive für die Ausbildungsbetriebe in Deutschland. Nur durch mehr Wachstum können in Deutschland mehr Ausbildungsplätze angeboten werden. Durch mehr Wachstum können in Deutschland mehr Arbeitsplätze angeboten werden und die Wirtschaft kann ihrer Ausbildungsverantwortung gerecht werden.

Die Kooperation von Betrieb und Schule bietet am ehesten die Gewähr, dass Veränderungen in Produktions- und Arbeitsverfahren möglichst zeitnah Berücksichtigung finden in Ausbildungsordnungen und Curricula. Auch die Entwicklung neuer Berufsbilder und die Modernisierung bestehender Berufsbilder gelingt am besten in dieser engen Zusammenarbeit von Wirtschaft, Gewerkschaften und Bildungswesen.

Die Ausbildungsfähigkeit junger Menschen muss erheblich verbessert werden. Notwendig ist eine enge Zusammenarbeit zwischen den allgemeinbildenden Schulen und den Einrichtungen der beruflichen Bildung. Dies ist nicht zuletzt auch unter dem Gesichtspunkt erforderlich, dass das Qualifikationsniveau vieler Berufsbilder gestiegen ist.

Die CDU tritt dafür ein, dass neben dem bewährten und weiterzuentwickelnden System dualer Ausbildung eine neue Form beruflicher Bildung geschaffen wird. Sie dient als theoretientlastete, niederschwellige Möglichkeit zum Kompetenzerwerb und -nachweis für Jugendliche, die den Anforderungen komplexer Bildungsgänge nicht oder noch nicht genügen. Das Lernen durch Praxis steht im Mittelpunkt. Damit wird vielen jungen Menschen, die in den bestehenden beruflichen Bildungsgängen nicht erfolgreich sind oder keine Erfolgsaussicht haben, eine neue berufliche Perspektive gegeben. Um ihnen den Erwerb anerkannter Qualifikationen zu ermöglichen, wird ein flexibles, differenziertes System der Qualifikation geschaffen. Dabei arbeiten Unternehmen, Kammern, Bildungsträger, Berufsschulen oder Bildungsverbände eng zusammen. Die erworbenen Kompetenzen werden in einem Bildungspass bestätigt. Sie können - und sollen idealerweise - auf ein Berufsbild hinführen, müssen es aber nicht.

Die CDU tritt dafür ein, das Jugendarbeitsschutzgesetz mit dem Ziel zu novellieren, dass die Anreize, einen Ausbildungsplatz anzubieten oder junge Menschen einzustellen, verbessert werden. Insbesondere müssen die Einstellungs Voraussetzungen, die Ausbildungszeiten und die Vergütung der Auszubildenden stärker in die Verantwortung der Betriebe gegeben werden. Notwendig sind an der Praxis orientierte rechtliche Vorgaben und Tarifvereinbarungen, die mehr Raum für betriebliche Bündnisse für Ausbildung lassen. Die Ausbildungsordnungen müssen flexibler an die betrieblichen Belange angepasst werden können.

Im Rahmen der beruflichen Bildung in Deutschland bestehen zahlreiche berufliche Vollzeitbildungsgänge, die nicht selten verbunden sind mit dem Erwerb einer Qualifikation für den Hochschulbereich. Sie sind wichtig für die Attraktivität der beruflichen Bildung. Sie dürfen aber nicht als Ersatz für fehlende Ausbildungsplätze beliebig ausgeweitet werden. Ziel muss es sein, am Prinzip des dualen Ausbildungssystems weitestmöglich festzuhalten. Die CDU tritt dafür ein, in einem neuen Berufsbildungsgesetz die Verzahnung zwischen Bildungsgängen der dualen Ausbildung und solchen in beruflichen Vollzeitschulen zu verbessern. Darüber hinaus streben wir an, die Bildungsgänge in der beruflichen Bildung zu modularisieren. In einer beruflichen Vollzeitschule bereits erworbene Module sollen künftig auf spätere duale Ausbildungsgänge angerechnet werden können. Auf diese Weise wird vermieden, dass junge Menschen einen unverantwortlich langen Teil ihrer Lebenszeit in Ausbildungsgängen verbringen.

Ein verlässliches System der Weiterbildung muss die duale Erstausbildung ergänzen und vertiefen. Der gesicherte Zugang zu hochwertiger Weiterbildung ist Voraussetzung für die Straffung von Erstausbildungen. Wir wollen deshalb den Ausbau des Meister-Bafögs zu einem Weiterbildungs-Bafög, die Ermöglichung eines Bildungssparens und die Einführung von Bildungskonten prüfen. Die CDU tritt ein für einen europaweit anerkannten Ausbildungspass.

Im Hochschulbereich müssen überall in Deutschland auch Modelle dualer Ausbildung weiterentwickelt werden. Fachhochschulen und Berufsakademien sind dabei erfolgreiche Vorreiter.

"Lebenslanges Lernen" ist für alle Altersstufen zu fördern und muss als Prinzip für die gesamte Berufstätigkeit gelten.

Wissenschaft und Forschung als strategische Wettbewerbsfaktoren

9. Wissenschaft und Forschung sind im internationalen Wettbewerb ein strategischer Wettbewerbsfaktor von herausragender Bedeutung. Für nachhaltiges Wachstum, für Entwicklung und Innovation sind Wissenschaft und Forschung entscheidende Voraussetzungen. Mehr Wachstum in Deutschland setzt mehr Wachstum in Wissenschaft und Forschung voraus. Sie geben die Antwort auf die Frage, wovon wir morgen leben, womit wir künftig unser Geld verdienen und wie wir in Zukunft unseren Wohlstand sichern können. Wissenschaft und Forschung profitieren vom spannenden Dialog naturwissenschaftlich - technischer und geisteswissenschaftlicher Fachbereiche in der Hochschule.

Die deutsche Hochschule muss unternehmerisch geführt werden. Dafür brauchen die Hochschulen mehr Freiheit, Autonomie und mehr Qualitätswettbewerb. Im Rahmen der Föderalismusreform muss deshalb das bestehende Hochschulrahmengesetz (HRG) abgeschafft werden. Ausschließlich für die formalen Zulassungsvoraussetzungen sowie die Sicherheit der gegenseitigen Anerkennung von Abschlüssen ist auch in Zukunft eine bundeseinheitliche Regelung erforderlich. Derartige Regelungen müssen sich an internationalen Maßstäben orientieren. Sie müssen mindestens innerhalb des europäischen Wissenschaftsraumes kompatibel sein. Eine so ausgerichtete Föderalismusreform bietet erhebliche Wachstumschancen für die deutschen Hochschulen.

Unternehmerisch geführte Hochschulen stehen untereinander in Konkurrenz um die besten Studenten und die besten Lehrkräfte. Studierende müssen die Chance haben, sich an einer Hochschule ihrer Wahl zu bewerben; Hochschulen müssen Verfahren entwickeln zur

gezielten Auswahl von ihnen geeignet erscheinenden Studenten. In dieser Hinsicht sind erste richtige Schritte eingeleitet worden; sie müssen konsequent fortgesetzt werden. Dazu gehört die Abschaffung der ZVS.

Durch die Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes gewinnen die Hochschulen überdies die Freiheit, Studienbeiträge zu erheben. Die rot-grüne Bundesregierung hat es aus ideologischen Gründen bislang verhindert, dass in Deutschland ein sozial gerechtes System der Studienfinanzierung eingeführt werden kann. Damit wird bis heute den Hochschulen die Möglichkeit genommen, ihre finanzielle Basis zu erweitern. Deutschland braucht aber dringend eine bessere Finanzausstattung der Hochschulen, um im internationalen Wettbewerb der Lehr- und Forschungseinrichtungen zu vergleichbaren Bedingungen arbeiten zu können. Die teilweise langjährigen Erfahrungen in anderen Ländern stellen zweifelsfrei unter Beweis, dass Studienbeiträge kein Hindernis für eine höhere Bildungsbeteiligung aller sozialen Schichten bis hin zum universitären Abschluss sind. Auch die Vermutung, dass Beiträge die Qualität der Bildung mindern, ist nicht belegbar. Die Ablehnung von Studienbeiträgen ist ein erhebliches Hemmnis für die Verbesserung des Lehr- und Lernangebotes an deutschen Hochschulen.

Die finanziellen Möglichkeiten der Eltern dürfen nicht entscheidend für die Aufnahme eines Hochschulstudiums sein. Die CDU befürwortet eine Kombination von BAföG, Bildungssparen, Bildungsdarlehen und Entgelten bei einkommensabhängiger Darlehensrückzahlung sowie Freiplätzen für Begabte und Bedürftige. Dabei soll geprüft werden, wie das bisherige Vermögensbeteiligungsgesetz mit den beiden Säulen Bausparen und Produktivsparen um eine dritte Säule, das Bildungssparen, ergänzt werden kann. Ein leistungsabhängiges Stipendiensystem mit Unterstützung aus privaten Mitteln sollte diese Maßnahmen wirkungsvoll ergänzen. Im System der sozial- und leistungsorientierten Studienbeihilfen muss der Leistungsgedanke stärker berücksichtigt werden.

Die Studienbeiträge müssen in vollem Umfang an den jeweiligen Hochschulen verbleiben und dort zur Verbesserung von Forschung und Lehre beitragen. Studienbeiträge übernehmen auf diese Weise die Funktion eines Wettbewerbinstrumentes, das zwischen Hochschule und Student ein Angebot- und Nachfrage-Verhältnis entstehen lässt. Dies bedeutet nicht, dass sich die Länder aus der Hochschulfinanzierung zurückziehen können.

Um die erheblichen Herausforderungen der Hochschulfinanzierung schultern zu können, müssen bessere steuerpolitische Rahmenbedingungen zur Errichtung von Stiftungen geschaffen werden.

Deutschland braucht eine Innovationsoffensive

10. Forschung und Entwicklung sind Innovationsmotoren der Hochschulentwicklung und garantieren die notwendige Praxisnähe der tertiären Bildung. Die Entwicklung innovativer Produkte setzt unverzichtbar eine enge Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft im Bereich von Forschung und Entwicklung voraus.

Insbesondere die Grundlagenforschung, ohne die es wachstumsfördernde Innovationen nicht geben kann, bleibt eine zentrale staatliche Aufgabe. Ohne umfangreiche staatliche Investitionen ist in keinem Land der Erde erfolgreiche Grundlagenforschung möglich; öffentliche Mittel müssen deshalb verstärkt in die Grundlagenforschung fließen. Es muss auch reine Forschungsinstitutionen im staatlichen Bereich geben, die von der Verpflich-

tung zur Lehre weitgehend frei gestellt sind. Gleichwohl bleibt die Einheit von Forschung und Lehre als Grundprinzip der Universität auch in Zukunft bedeutsam, da nur in dieser Einheit der Nachwuchs für eine erfolgreiche Grundlagenforschung herangebildet werden kann. Außeruniversitäre Forschungsinstitute müssen näher an die Hochschulen herangeführt und mit diesen vernetzt werden.

Innovationen scheitern am ehesten an Bürokratie. Ihr Gelingen setzt flexible Organisationsstrukturen voraus. Wir brauchen in Deutschland innerhalb und außerhalb der Hochschule mehr Experimentierfreude bei der organisatorischen Ausgestaltung wissenschaftlicher Institutionen. Innovation erfordert gesellschaftliches Vertrauen in kreative Leistungseliten. Übertriebenes Sicherheitsdenken und bürokratische Überregulierung strangulieren das Innovationspotential unserer Forscher und Ingenieure. Gerade junge Nachwuchswissenschaftler wollen ihre Wissenschaft nicht nur verwalten, sondern vor allem schöpferisch voranbringen. Hierzu gute Voraussetzungen zu schaffen, ist Grundbedingung einer überzeugenden Elitenbildung.

Eine Volkswirtschaft muss ihre Kraft dort konzentrieren, wo sie wettbewerbsfähig ist. Deutschland als Hochlohnland und als Land hochwertiger Infrastruktur kann und braucht weder mit den reinen Arbeitskosten noch mit den Steuersätzen in Ländern wie China, Ungarn, Polen, Tschechien oder Korea konkurrieren. Aber Deutschland hat das Zeug, technologische Spitzenleistungen in der wissensbasierten Wirtschaft zu erbringen. Auf diesem Feld muss unser Land wieder eine internationale Führungsrolle übernehmen. In Deutschland müssen wieder mehr Produkte und Dienstleistungen entwickelt und angeboten werden, die andere Länder nicht in gleicher Spitzenqualität entwickeln, produzieren und vermarkten können. Nur dann haben wir auf mittlere Sicht eine Chance auf weiterhin hohe Einkommen, gesicherte Beschäftigung und einen hohen Standard der sozialen Sicherung. Die CDU tritt deshalb werbend ein für ihre Vision einer breit angelegten Innovationsoffensive, die von einer breiten Allianz aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik getragen wird, um unter veränderten Bedingungen die Fähigkeit zu erhalten oder zurückzugewinnen, technologische Spitzenleistungen international erfolgreich zu verkaufen.

Forschung und Entwicklung gezielt fördern

11. Als rohstoffarmes Land mit hohen Arbeitskosten ist Deutschland besonders auf die Leistungs- und Innovationsfähigkeit durch Forschung und Entwicklung angewiesen. Wir müssen uns mit unserer Fähigkeit zu Spitzenleistungen auf Produkte und Produktionstechniken mit Spitzenqualität konzentrieren. Technologischer Fortschritt vollzieht sich in immer kürzeren Zyklen und erfordert eine Beschleunigung von Innovationen. Die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes hängt deshalb wesentlich von einem hohen Leistungsstand bei Forschung und Entwicklung sowie der Anwendung und Weiterentwicklung moderner Technologien ab.

Die CDU spricht sich dafür aus, nationale Leitprojekte der Innovation voranzubringen. Es geht darum, mit Innovationen auf den wichtigsten Feldern der Wertschöpfung nach vorne zu kommen.

- Der sich weltweit verschärfende Zielkonflikt zwischen dem Mobilitätsbedürfnis der Menschen, den Erfordernissen des Umweltschutzes und den Anforderungen an den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur wird zu den zentralen Problemen der Zukunft gehören. Diese Herausforderung bietet Deutschland die Chance, sich zum Weltmarkt-

führer bei der Entwicklung und Vermarktung nachhaltiger Systeme der Verkehrslogistik zu entwickeln.

- Eine sichere und umweltfreundliche Energieversorgung ist Grundlage unserer Wirtschaftsentwicklung und von erheblicher Bedeutung für unsere Standortqualität. Deutschland muss in der Lage sein, langfristig CO₂-ärmere Kohle- und Gaskraftwerke bauen und betreiben zu können. Die CDU schlägt deshalb vor, im Rahmen eines Energieforschungsprogramms einen neuen Grundlagenforschungs-Schwerpunkt zur CO₂-Problematik einzurichten mit dem Ziel, neue Optionen umweltfreundlicher Energieerzeugung zu eröffnen.
- Zu den Entwicklungen, die weltweit eine Revolution in der Energieversorgung einleiten, gehört die Wasserstofftechnologie. Die CDU fordert, die Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen mit dem Ziel zu verstärken, diese moderne und effiziente Energietechnologie mittelfristig in großem Umfang nutzen zu können.
- Auch wenn in Deutschland auf absehbare Zeit keine Planungen für neue Kernkraftwerke notwendig sind, dürfen wir unsere führende Rolle in der Sicherheitstechnologie nicht verspielen. Das Know-how Deutschlands auf dem Gebiet der Sicherheit atomarer Anlagen darf nicht verloren gehen. Die in Deutschland vorhandene Kompetenz im Feld der Nuklearsicherheit muss auch künftig Schrittmacher der internationalen Entwicklung sein. Dazu gehört auch die Erforschung der Thermo-nuklearen Fusionsenergie. Diese Forschungsarbeiten sind auch bedeutsam unter dem Gesichtspunkt der weltweiten Minderung von CO₂-Emissionen.
- Innovative Produkte sind ohne innovative Fertigungstechniken nicht denkbar. Dem Maschinen- und Anlagenbau, der Elektrotechnik und der Informationstechnologie, sowie der Materialverarbeitung kommen zusammen mit modernsten Fertigungsmethoden höchste Bedeutungen für ein wertschöpfungsintensives Wirtschaften zu. Staatliche und private Forschung und Entwicklung für ein intelligenteres Produzieren bedürfen höchster Aufmerksamkeit. Insbesondere gilt es, die Optischen Technologien zu fördern, denn sie gehören zu den bedeutendsten Querschnittstechnologien mit großer Hebelwirkung im Bereich der industriellen Fertigung, im Automobilbau, in der Medizintechnik und in der Datenübertragung.

Eine weitere Querschnittstechnologie ist die Nanotechnologie. Sie arbeitet im Maßstab von Atomen und ermöglicht die Beherrschung von Materie in höchster Präzision. In beiden Feldern nimmt Deutschland im internationalen Vergleich in Forschung und Entwicklung eine starke Position ein. Um diese führende Position auszubauen, fordert die CDU die Entwicklung nationaler Optik- und Nanotechnologie-Strategien, die auch ein praktikables Markteinführungskonzept einschließen.

- Die Biotechnologie bietet in all ihren Bereichen (grüne, rote und weiße Biotechnologie) großartige Chancen zur Lösung von bisher ungelösten Problemen. Deutschland hat insbesondere durch die Initiativen der Regierung Kohl Mitte der neunziger Jahre eine Spitzenposition erreicht. Diese Spitzenposition muss weiter ausgebaut werden. Wir unterstützen auch nachdrücklich die Forschung mit menschlichen Stammzellen, fordern jedoch, dass die ethischen Grenzen, die vom Deutschen Bundestag festgelegt wurden, respektiert werden.

- Der Gesundheitssektor ist gerade in einer Gesellschaft, in der die Menschen ihrer Gesundheit und ihrem Wohlergehen immer größeren Stellenwert einräumen, einer der wichtigsten Wachstumsmärkte. Insbesondere werden wir die Herausforderungen des demographischen Wandels zur alternden Gesellschaft nur mit verstärkter Gesundheitsforschung bestehen. Deutschland ist zwar nicht mehr die "Apotheke der Welt", hat aber immer noch eine starke Position und das Potenzial zum "Kompetenzzentrum für Gesundheit" zu werden. Dafür muss die Forschung, insbesondere in der Biotechnologie, in der Epidemiologie, in der Prävention und für die Entwicklung neuer Medikamente und Therapien verstärkt werden. Die Rahmenbedingungen für die beteiligten Branchen, insbesondere Biotechnologie und Pharma, sind ebenso zu verbessern wie für die Durchführung klinischer Forschungen in Deutschland. Auch in der Medizintechnik nimmt Deutschland einen internationalen Spitzenplatz ein. Die CDU fordert eine Absicherung dieser führenden Position durch eine enge Vernetzung der beteiligten Forschungsbereiche Bildgebung, Materialforschung, Mess-, Steuer- und Regeltechnik, der Optik, sowie der klinischen Forschung.
- Wir leben in einer Wissensgesellschaft. Informations- und Kommunikationstechnologien haben das Potenzial neue Industriezweige mit innovativen Produkten über ein weites Spektrum von Branchen hinweg zu generieren. Dies setzt eine enge Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft voraus. Forschungsergebnisse müssen rasch in praktische Lösungen und Produkte umgesetzt werden. Die Schaffung internationaler Standards unter Mitwirkung von Wirtschaft und Wissenschaft ist erforderlich. Neue Forschungen auf dem Gebiet der Informatik und Informationstechnik und ihre Diffusion in Wirtschaft und Gesellschaft hinein müssen vorangetrieben werden. Breitbandige Leitanwendungen wie e-Government, e-Health und e-Learning müssen zu Innovationstreibern der Informationstechnik werden. Wichtig ist nach wie vor auch eine Infrastrukturentwicklung im Breitband-Bereich.
- Der 11. September 2001 hat unser Bewusstsein für die Gefährdung durch Terrorismus und Anschläge geschärft. Besonders gefährdet sind die Infrastrukturnetze für Verkehr und Kommunikation. Innovative Schutzmaßnahmen sind daher von hoher Bedeutung. Durch die Verknüpfung ziviler und militärischer Entwicklungsanstrengungen können entscheidende Impulse sowohl für die Garantie der inneren und äußeren Sicherheit wie auch für die Wertschöpfung unserer Volkswirtschaft gegeben werden. Es liegt deshalb im Interesse Deutschlands, die Entwicklung moderner Sicherheitstechnologien voranzutreiben.
- Eine effiziente Innovationsförderung erfordert ein klares Commitment der Politik zu Forschung und Technologie und die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen. So muss z.B. das Gentechnikgesetz so ausgestaltet werden, dass es die Forschung und Anwendung der Gentechnik in Deutschland nicht behindert, sondern unterstützt.
- Im Rahmen einer nachhaltigen Innovationspolitik gehört die Luft- und Raumfahrtindustrie zu den Sektoren, in denen Deutschland seine technologische Kompetenz, wirtschaftliche Effizienz, wissenschaftliche Exzellenz und Wettbewerbsfähigkeit weltweit unter Beweis gestellt hat. Um diese technologischen Kompetenzen zu sichern und auszubauen, fordert die CDU, dass sich Deutschland aktiv an der Ausgestaltung und Umsetzung der zukünftigen europäischen Raumfahrtspolitik und Strategie beteiligt.

- Die Bundesregierung muss wieder jährlich einen Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands vorlegen. Wir müssen unsere Stärken und Schwächen sorgfältig analysieren, um in angemessener Weise politisch handlungsfähig sein zu können.
- Bundesregierung und die Landesregierungen sind aufgefordert, in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, den Hochschulen, den Forschungseinrichtungen und den Wissenschaftsverbänden eine Liste der rund 100 wichtigsten bürokratischen Innovationshindernisse zu erstellen und diese auch tatsächlich zu beseitigen.
- Der Bund ist aufgefordert, ein Forschungs- und Innovationsprogramm zur Stärkung der Spitzentechnologien mit einem Volumen in Höhe von 5 Milliarden Euro in dem Zeitraum 2005 bis 2010 aufzulegen. Zur Finanzierung dieses Programms werden frei werdende Mittel aus der gezielten Kürzung von Subventionen in nicht mehr zukunftsfähige Technologien und Industrien eingesetzt. Hierzu gehören insbesondere die Mittel aus einer Halbierung der Steinkohleförderung auf 13 Millionen Tonnen bis zum Jahr 2010.
- Die Forschungsförderung muss in einem ausgewogenen Verhältnis von institutioneller Förderung und Projektförderung erfolgen.
- Wir fordern, die Zuweisungen an die Forschungsorganisationen zwischen 2005 und 2010 angemessen zu erhöhen. Darüber hinaus muss der Bund der Deutschen Forschungsgemeinschaft zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen für weitere Sonderforschungsbereiche, die sich mit zukunftssträchtigen Technologiefeldern befassen und Innovationsgruppen zur Stärkung von Hochschulen und Forschung in den neuen Bundesländern.
- Die Verzahnung von universitärer und außeruniversitärer Forschung muss umfassend verbessert werden.
- Wir fordern Bundes- und Landesregierungen auf, die Gründung von Forschungsverbänden zu unterstützen. In Forschungsverbänden arbeiten Wissenschaftler aus Hochschulen und Unternehmen zusammen an interdisziplinären Projekten aus speziellen Bereichen anwendungsnaher Forschung. Durch die Bündelung des Forschungspotentials über die Hochschulgrenzen hinaus wird die Effizienz der Spitzenforschung gesteigert. Die Verbände sind befristet angelegt. Wir fordern Bundes- und Landesregierungen auf, die Einführung einer Forschungsprämie zur Verbesserung der Kooperation zwischen Hochschulen und Wirtschaft insbesondere für die neuen Bundesländer zu prüfen.
- Ein Schwerpunkt der regionalen Wirtschaftsförderung muss die Bildung von Innovationsclustern werden. Bund und Länder unterstützen die regionalen Akteure bei der Identifikation von Innovationspotentialen und leisten zielgerichtete Unterstützung beim Ausbau dieser Potentiale.
- Die jeweiligen hochschulrechtlichen Rahmenbedingungen der Länder müssen so geändert werden, dass Ausgründungen aus Hochschulen einfacher vorgenommen werden können. Solche Ausgründungen sind ein wichtiges Instrument für den Transfer von Forschungsergebnissen aus der Wissenschaft in die Wirtschaft.

- Die CDU spricht sich für eine grundlegende Neuausrichtung der auf Forschung und Entwicklung abzielenden Wirtschaftsförderung aus. An die Stelle dauerhafter direkter oder, wie bei der Windkraft, indirekter Subventionen soll eine Anschubfinanzierung treten. Fördermittel sollen grundsätzlich nur noch wettbewerblich und zeitlich begrenzt vergeben werden. Der Erfolg der geförderten Projekte wird unabhängig kontrolliert.
- Die Bildung internationaler wissenschaftlicher Netzwerke muss stärker als bisher initiiert und gestützt werden. Deshalb befürworten wir eine unbürokratische Förderung des internationalen Austauschs von Doktoranden und jungen Nachwuchswissenschaftlern.
- Deutschland muss mehr an europäischen Forschungsprogrammen teilhaben. Dazu bedarf es einer aktiven Heranführung deutscher Unternehmen, speziell des Mittelstandes, an die europäische Forschungsförderung. Der 7. Forschungsrahmenplan der Europäischen Union muss deutlich mittelstandsfreundlicher gestaltet werden.
- Auch der Austausch hoch qualifizierter Fachkräfte zwischen Unternehmen sowie Hochschulen und Forschungsinstituten ist für die Entwicklung von Spitzenprodukten unerlässlich. Die entsprechenden arbeits- und beamtenrechtlichen Regelungen sind so auszugestalten, dass dieser Austausch erleichtert wird.

III. Wachstum, das Beschäftigung fördert

Leitsatz:

In den vor uns liegenden Jahren muss es das vorrangige Ziel deutscher Politik sein, wieder ausreichend Beschäftigung zu schaffen. Auf dieses Ziel müssen alle anderen politischen Aufgabenstellungen ausgerichtet werden. Niemand, der in Deutschland Verantwortung trägt, darf sich mit der lang andauernden, hohen Arbeitslosigkeit abfinden. Arbeit ist unendlich viel mehr als nur Erwerb des Lebensunterhaltes. Von der Arbeit hängen das Selbstwertgefühl, die Sozialkontakte, die individuelle Sinnerfüllung und die persönliche Lebensperspektive des einzelnen ab. Es ist ein großes Unrecht, dass Menschen, die bereit sind zu arbeiten, keine Arbeitsgelegenheit finden. Für die CDU gilt deshalb der Grundsatz: Sozial ist, was menschenwürdige und existenzsichernde Beschäftigung schafft.

12. In der Sozialen Marktwirtschaft tragen Unternehmen, Tarifpartner und die Politik Verantwortung für die Beschäftigung. Sie können dieser Verantwortung nur gemeinsam, nicht aber im Gegeneinander gerecht werden. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände tragen hier eine hohe Verantwortung. Es ist Sache der Tarifpartner, eine beschäftigungsorientierte Tarifpolitik zu gestalten. Tarifpolitik muss Arbeitnehmer vor Ausbeutung und Willkür schützen und ihnen einen gerechten Anteil an der Wertschöpfung sichern. Dabei müssen sowohl die Arbeitnehmer als auch zukünftig Beschäftigte beachtet werden. Schutzrechte für Arbeitnehmer müssen dann überprüft werden, wenn sie Neueinstellungen erschweren oder gar verhindern. Die Tarifpartner tragen nicht nur Verantwortung für die Beschäftigten und deren Interessen im Blick auf höhere Entlohnung und weiter verbesserte tarifliche Leistungen. Tarifpartner tragen auch Verantwortung für Arbeitsuchende und deren Interesse, wieder einen Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden. Somit kommt den Verantwortlichen beider Tarifparteien die Verantwortung zu, nicht nur die Interessen der eigenen Mitglieder zu vertreten, sondern die Ergebnisse in einem nationalen Kontext zu sehen.

Verantwortung der Politik ist es, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um unter veränderten wirtschaftlichen Bedingungen mehr Beschäftigung zu ermöglichen.

Lohnfindungsprozesse flexibel gestalten

13. Die CDU befürwortet differenzierte Lohnstrukturen und eine größere Flexibilität bei den Lohnfindungsprozessen. Löhne müssen neben der Orientierung am Produktivitätsfortschritt auch die betrieblichen, sektoralen und regionalen Bedingungen berücksichtigen sowie die jeweilige Qualifikation und die Leistungsfähigkeit des Beschäftigten. Löhne, die unabhängig von der jeweiligen Produktivität vereinbart werden, führen im Ergebnis dazu, dass Unternehmen in Deutschland nicht mehr rentabel arbeiten können und deshalb schließen müssen oder immer größere Teile ihrer Wertschöpfungskette in Standorte im Ausland verlagern, wo zu deutlich niedrigeren Lohnkosten produziert werden kann. Die CDU begrüßt in diesem Zusammenhang die zunehmende Flexibilität, die die Tarifvertragsparteien in den letzten Jahren bei Tarifabschlüssen an den Tag gelegt haben und hält eine Fortsetzung dieses Kurses für notwendig.

Angesichts der spezifischen Probleme von Regionen im Strukturwandel ist eine Spreizung der Löhne ohne Alternative. Eine Lohnspreizung nach oben kann bewirken, dass dringend benötigte Fachkräfte einen Anreiz erhalten, in einer solchen Region eine Arbeit aufzunehmen; darüber hinaus kann mit diesem Instrument die Abwanderung von Experten verhindert werden. Eine Lohnspreizung nach unten, zum Beispiel auch über Kombilöhne, eröffnet gering qualifizierten Arbeitslosen neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Voraussetzung dafür ist, dass Bund, Länder und Kommunen ihr Verhalten als Lohnkonkurrent im Niedriglohnbereich korrigieren.

Im Rahmen der Lohnfindungsprozesse müssen auch die Möglichkeiten der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand stärkere Berücksichtigung finden. Die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Kapital und am Ertrag der Wirtschaft kann ein fairer Ausgleich für Lohnzurückhaltung sein oder für die Bereitschaft, länger zu arbeiten. Überdies zeigt die Erfahrung, dass Unternehmen, an denen Mitarbeiter beteiligt sind, produktiver und wettbewerbsfähiger sind.

Den Arbeitnehmern kann durch ihre Beteiligung an den Gewinnen der Unternehmen ein zusätzliches Einkommen gesichert werden. Die Eigenkapitalbasis der Unternehmen wird gestärkt, was wiederum zu mehr Investitionen anregt und Beschäftigung schaffen kann. Mit der Einführung des Investivlohns wird die Soziale Marktwirtschaft zu einer "Gesellschaft von Teilhabern" weiterentwickelt, wie dies bereits Ludwig Erhard forderte.

Die CDU strebt deshalb eine soziale Kapitalpartnerschaft an. Wir werden die Rahmenbedingungen für Investivlohnvereinbarungen und Mitarbeiterbeteiligungen umfassend verbessern. Dazu gehören unter anderem die Aufnahme der abgesicherten Mitarbeiterbeteiligung an den Katalog der förderfähigen Anlagen nach dem Altersvermögensgesetz und die nachgelagerte Besteuerung für schuldrechtliche Beteiligungen.

Die CDU appelliert an die Tarifparteien, verstärkt Investivlöhne zu vereinbaren. Das geltende Tarifvertragsrecht und die hierzu ergangene Rechtsprechung werden den Bedürfnissen der Unternehmen und Belegschaften nicht mehr gerecht, da sie keine ausreichenden Freiräume für betriebliche Lösungen zulassen. Tarifvertrags- und Betriebsverfassungsgesetz müssen daher dem Bedürfnis der Unternehmen nach Flexibilität, dem Bedürfnis der

Arbeitnehmer nach dem Erhalt ihrer und der Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie den in der Praxis bereits stattfindenden Entwicklungen angepasst werden. Die Perspektive der Beschäftigungsaussichten muss in beiden Gesetzen unter bestimmten Voraussetzungen als legitimer Grund zur Abweichung von bestehenden Tarifverträgen festgeschrieben werden. Dabei ist der verfassungsrechtlich verankerte Schutz der Tarifautonomie zu wahren. Um von bestehenden Tarifverträgen abweichen zu können, muss das Tarifvertragsgesetz dahingehend ergänzt werden, dass auch die Beschäftigungssicherung und die Beschäftigungsaussichten eine beim Günstigkeitsvergleich zu beachtende Komponente sind und eine Abweichung vom Tarifvertrag rechtfertigen. Dies muss an die Voraussetzung geknüpft werden, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer dies wollen und außerdem Betriebsrat bzw. Personalrat und Belegschaft jeweils mit Zwei-Drittel-Mehrheit dem zustimmen. In diesem Fall gilt die abweichende Vereinbarung als günstiger für den Arbeitnehmer. Die Laufzeit einer solchen Abrede ist auf die Laufzeit des Tarifvertrages begrenzt, von dem abgewichen wird. Daneben sollen Betriebsrat und Arbeitgeber vom Tarifvertrag abweichende Betriebsvereinbarungen schließen können. Dies wird im Betriebsverfassungsgesetz geregelt. Hierbei erhalten die Tarifvertragsparteien ein Widerspruchsrecht. Der Abschluss einer solchen Betriebsvereinbarung ist ebenfalls an die Zustimmung von zwei Dritteln der Belegschaft gekoppelt.

Unternehmer und Manager leisten viel für unser Land. Als Führungseliten tragen sie besondere Verantwortung, der sie gerecht werden müssen. Dazu gehört, dass sich die Höhe von Manager-Gehältern an der nachprüfbaren Leistung orientiert. Aufsichtsräte müssen ihrer Kontrollfunktion nachvollziehbar nachkommen. Zur Stärkung der Integrität des Kontrollgremiums soll ein direkter Wechsel vom Vorsitz des Vorstandes zum Vorsitz des Aufsichtsrates vermieden werden. Die Zahl ehemaliger Vorstandsmitglieder im Aufsichtsrat ist zu begrenzen. Die Bezüge der einzelnen Vorstandsmitglieder in börsennotierten Kapitalgesellschaften und öffentlichen Unternehmen müssen offen gelegt werden. Darüber hinaus muss sichergestellt sein, dass Manager nicht nur am Erfolg ihres Unternehmens partizipieren. Der Teilhabe am Erfolg muss eine stärkere persönliche Haftung entsprechen. Das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ist der haftende Eigentümer-Unternehmer. Für Manager muss deshalb auch in Deutschland die persönliche Haftung gestärkt werden. Der Einstieg in eine umfassende Haftung im Falle unternehmerischen Versagens nach US-amerikanischem Vorbild schafft darüber hinaus Anreize für eine bessere, verantwortungsvollere Unternehmensführung.

Balance zwischen Einstellungschancen und Beschäftigungssicherung im Kündigungsschutzrecht neu austarieren

14. Das Kündigungsschutzrecht ist ein wichtiger Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft. Wie alle Teile der Rechtsordnung muss auch das Kündigungsschutzrecht überprüft und an wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen angepasst werden. Dabei muss angesichts der alarmierenden Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt auch sichergestellt werden, dass sich das Kündigungsschutzrecht nicht gegen die Interessen der Arbeit suchenden Menschen und gegen das Interesse an der Fortführung von Betrieben auswirkt.

Viele Unternehmen verzichten heute darauf, Auftragsspitzen durch kurzfristige Neueinstellungen abzuarbeiten, weil sie befürchten, dadurch ihre personalpolitische Flexibilität zu verlieren und zugleich das Risiko einzugehen, unproduktive Personalkosten oder im Fall von Kündigungen teure Abfindungen, Sozialpläne und unkalkulierbare Arbeitsgerichtsprozesse verkraften zu müssen. Insbesondere mittelständische Betriebe sind gezwungen, ihre

Personalkosten präzise am tatsächlichen Bedarf orientiert zu kalkulieren. Das führt dazu, dass Unternehmen bei anfallender Mehrarbeit eher Überstunden anordnen oder die Möglichkeiten der Zeitarbeit und der befristeten Arbeitsverträge nutzen als neue Mitarbeiter dauerhaft einzustellen. 57 Prozent der großen und sogar 70 Prozent der mittelständischen Unternehmen in Deutschland geben an, mindestens bereits einmal auf Neueinstellungen verzichtet zu haben, um den belastenden Wirkungen des Kündigungsschutzes aus dem Weg zu gehen.

Die unionsgeführte Bundesregierung hatte im Jahr 1996 das Kündigungsschutzgesetz reformiert und damit Voraussetzungen für mehr Wachstum und Beschäftigung gesetzt. Die rot-grüne Bundesregierung hat 1998 diese Reformen wieder rückgängig gemacht. Vier Jahre später hat sie diese Änderungen wiederum zum größten Teil zurückgenommen und verkaufte diese "Neu-Regelungen" als eigenen Gesetzentwurf, obwohl zu weiten Teilen der Rechtszustand von 1996 wieder eingeführt wurde. Das heutige Kündigungsschutzgesetz trägt damit weitgehend die Handschrift der CDU. Diese Rechtslage gilt es weiterzuentwickeln und den aktuellen Bedürfnissen anzupassen. Vorrangiges Ziel ist es, die Einstellungshemmnisse bei Neueinstellungen zu beseitigen. Das Kündigungsschutzrecht soll weder abgeschafft noch einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer reduziert, sondern weniger starr, flexibler und dispositiver gestaltet werden.

Die CDU tritt dafür ein, den Kündigungsschutz durch eine umfassende Reform der einschlägigen arbeitsrechtlichen Bestimmungen beschäftigungsfreundlich zu gestalten. Vorrangiges Ziel ist es, die Einstellungshemmnisse bei Neueinstellungen zu reduzieren. Dies soll durch eine Reform des Arbeitsrechtes im Rahmen der Erarbeitung eines einheitlichen Arbeitsgesetzbuches erreicht werden.

- Bei bestehenden Arbeitsverhältnissen bleibt der jeweils geltende Kündigungsschutz unverändert erhalten.
- Bei Neueinstellungen soll das Kündigungsschutzgesetz erst ab einer Betriebsgröße von mehr als 20 Mitarbeitern Anwendung finden.
- Es soll gesetzlich ermöglicht werden, dass bereits bei einer Neueinstellung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Abfindung vereinbart wird für den Fall einer späteren betriebsbedingten Kündigung. Die Mindesthöhe der Abfindung ist gesetzlich festzulegen. Die Abfindung führt im Fall der Arbeitslosigkeit nicht zu einer Sperrzeit. Im Gegenzug verzichtet der Arbeitnehmer auf eine Kündigungsschutzklage. Mit dieser Regelung soll die Bereitschaft der Arbeitgeber gefördert werden, mehr Arbeitnehmer unbefristet einzustellen.
- Bei einer Neueinstellung können Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Frist bis maximal 24 Monaten vereinbaren nach der der gesetzliche Kündigungsschutz beginnt. Von dieser Option sollen Arbeitnehmer und Arbeitgeber anstelle der bereits bestehenden gesetzlichen Möglichkeit, innerhalb von 24 Monaten maximal viermal zu befristen, Gebrauch machen können. Dies bietet für den Arbeitnehmer den Vorzug, ein unbefristetes Arbeitsverhältnis eingehen zu können.

Erwerbstätigkeit älterer Arbeitnehmer für Unternehmen attraktiv machen

15. In Deutschland stehen nur 39 Prozent der 55- bis 64-Jährigen noch im Erwerbsleben. Das sind über 23 Prozent weniger als im OECD-Durchschnitt. Ein Grund für das frühe Ausscheiden älterer Arbeitnehmer aus dem Arbeitsleben ist darin zu sehen, dass es für deutsche Unternehmen relativ leicht und deshalb verlockend ist, Personalüberhänge zu Lasten der sozialen Sicherungssysteme abzubauen. Die bestehenden materiellen Frühverrentungsanreize und Seniorenprivilegien lassen die Alterssicherungssysteme und die Finanzierungskraft öffentlicher Haushalte rasch an ihre Grenzen stoßen. Darüber hinaus droht den Belegschaften in Deutschland bereits auf mittlere Sicht ein erheblicher Verlust an fachlichem Können und in langen Jahren erworbenem Erfahrungswissen. Auch aus demographischen Gründen ist die frühzeitige Verrentung älterer Arbeitnehmer, die in den zurückliegenden Jahren stark zugenommen hat, ein völlig falscher Weg.

Die CDU tritt dafür ein, in der Politik für ältere Arbeitnehmer eine grundlegende Wende einzuleiten mit dem Ziel, die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer für die Unternehmen attraktiv zu machen und alle Anreize zur Frühverrentung - auch in der Arbeitslosenversicherung - zu beseitigen.

Wir wollen deshalb die Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz auslaufen lassen.

Wo vorzeitige Verrentungen dennoch vorgenommen werden, ist sicherzustellen, dass es zu versicherungsmathematisch korrekt berechneten Rentenbezügen kommt, durch die die kürzere Beitragszeit und die längere Leistungsbezugszeit in voller Höhe berücksichtigt werden.

Für ältere Arbeitslose erweisen sich die tarifvertraglichen Entgeltsicherungsklauseln und die betriebsverfassungsrechtlichen Sozialplanvorschriften und Sozialtransfers sehr oft als Einstellungs Hindernisse, die in der Regel den Wechsel aus der Arbeitslosigkeit in eine niedrig entlohnte Beschäftigung verhindern. Diese Regelungen müssen auf den Prüfstand gestellt werden.

Bereits heute ist es möglich, Arbeitnehmer ab dem 50. Lebensjahr mit einem befristeten Arbeitsvertrag einzustellen; ab dem 52. Lebensjahr greifen bei diesen Arbeitnehmern die Regelungen über befristete Arbeitsverträge nicht mehr. Es ist damit für Unternehmen attraktiv, ältere Arbeitnehmer flexibel im Betrieb einsetzen zu können. Diese Flexibilität muss auch in Zukunft erhalten bleiben. Wir wollen deshalb das reformierte Teilzeit- und Befristungsgesetz bei Neueinstellungen nicht mehr auf Arbeitnehmer anwenden, die älter als 53 Jahre sind. Durch die Vorschaltung eines dreijährigen Arbeitsvertrages ohne Geltung des Kündigungsschutzes bleibt es für Unternehmen lohnend, ältere Arbeitnehmer einzustellen.

Arbeit wettbewerbsfähig machen

16. Ein wesentlicher Standortnachteil Deutschlands sind die für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu hohen Belastungen durch Steuern und Abgaben. Es fehlt an für Arbeitgeber bezahlbarer Arbeit und es fehlt an für Arbeitnehmer finanziell attraktiver Arbeit.

Die Lohnkosten in den alten Bundesländern werden im Hinblick auf ihre Höhe weltweit nur noch von Norwegen übertroffen. Es lässt sich empirisch belegen, dass zwischen dem Lohnniveau eines Landes und der Beschäftigungsquote ein enger Zusammenhang besteht. In den Jahren 1982 bis 2002 wuchsen die Reallöhne in Deutschland um fast 40 Prozent; im gleichen Zeitraum veränderte sich die Beschäftigung nicht wesentlich. Die USA hingegen wiesen fast kein reales Lohnwachstum auf; aber die Beschäftigung dort wuchs um fast 40 Prozent. Die Niederlande konnten im gleichen Zeitraum mit einem Reallohnwachstum von 23 Prozent einen 24prozentigen Zuwachs an Beschäftigung erzielen.

Es erweist sich heute als Fehler, dass in den vergangenen Jahrzehnten die Arbeitszeit in Deutschland zu einem nicht unerheblichen Teil aufgrund der Tarifvereinbarungen bei vollem Lohnausgleich stetig reduziert wurde. Dies wirkte sich zunächst deshalb nicht negativ aus, weil diese indirekte Art der Lohnerhöhungen durch eine nur scheinbare Produktivitätssteigerung aufgefangen wurde. Übersehen wurde allerdings, dass diese Zuwächse zu einem erheblichen Teil durch den Abbau von Arbeitsplätzen erwirtschaftet wurden. Dies hat im Ergebnis die Lohnerhöhungen der zurückliegenden Jahre zu hoch ausfallen lassen mit der Folge, dass die Kapitalintensivierung der Unternehmen zunahm, was wiederum den Zwang zum Personalabbau verstärkte. Auf diese Weise wurden die steigenden Löhne durch einen Anstieg der Zahl der Arbeitslosen erkaufte. Diese Entwicklung hat zugleich das Wohlstandsniveau in Deutschland deutlich abgesenkt.

Im internationalen Vergleich ist die Arbeit in Deutschland vielfach zu teuer. Angesichts schneller Kommunikationswege und europaweiter und weltweiter Erreichbarkeit kann sich das Produktionskapital heute in aller Regel den günstigsten Produktionsstandort suchen. Deshalb muss es ein vordringliches Ziel sein, nicht die Löhne, wohl aber die Lohnkosten wieder zu senken. Dies kann vor allem dadurch erreicht werden, dass die Arbeitszeitverkürzungen der Vergangenheit teilweise wieder rückgängig gemacht werden bei gleichbleibendem Lohnniveau. Wenn Lohnsenkungen vermieden werden sollen ist es notwendig, die Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit der Beschäftigten zu verlängern. Nur so kann Deutschland im internationalen Standortwettbewerb mit wettbewerbsfähigen Löhnen konkurrieren.

Erforderlich ist überdies eine moderate Tarifpolitik mit Lohnabschlüssen, die für alle Unternehmen bezahlbar sind. Den deutschen Arbeitnehmern ist nicht damit gedient, wenn in Lohnverhandlungen mit der Großindustrie Ergebnisse erzielt werden, die in der Folge dazu führen, dass große Unternehmen ihre Arbeitsplätze ins Ausland verlagern sowie kleine und mittlere Unternehmen in die Insolvenz getrieben werden, weil sie die vereinbarten Löhne im internationalen Wettbewerb nicht erwirtschaften und eine Betriebsverlagerung ins Ausland nicht finanzieren können.

Die CDU appelliert deshalb nachdrücklich an die Arbeitgeber und Gewerkschaften, einen verantwortungsvollen Beitrag dazu zu leisten, dass in Deutschland unter Wahrung des sozialen Friedens nur maßvolle Vereinbarungen über Lohnerhöhungen zustande kommen. Zugleich müssen mehr regionale sowie betriebs- und qualifikationsspezifische Differenzierungen möglich sein. Nur wenn alle Tarifpartner sich von dem gemeinsamen Interesse leiten lassen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu stärken, kann unser Land den Aufholprozess gegenüber der europäischen und der internationalen Konkurrenz schaffen und damit zugleich Wachstum und Wohlstand langfristig sichern.

Die Globalisierung der Wirtschaft erfordert, dass wir die rechtlichen Rahmenbedingungen in Deutschland nicht isoliert betrachten. Deutsche Unternehmen operieren weltweit, beteiligen sich an ausländischen Gesellschaften oder schließen sich mit ihnen zusammen, um ihre wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen sichert Betriebsstätten und Arbeitsplätze. Der internationale Wirtschaftswettbewerb ist auch ein Wettbewerb der Rechtsordnungen. Diesem Wettbewerb müssen wir uns stellen und die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft auf ihre Wettbewerbsfähigkeit hin überprüfen.

Zu diesen Rahmenbedingungen gehören auch die Regeln zur Mitbestimmung in Unternehmen. Das deutsche Mitbestimmungsgesetz regelt die Mitbestimmung von Arbeitnehmern und Gewerkschaften im Aufsichtsrat von Kapitalgesellschaften mit mehr als 2000 Beschäftigten.

Wir setzen uns für die Verbesserung des Mitbestimmungsrechtes für Betriebs- und Personalräte bei der beruflichen Weiterbildung ein.

Die CDU bekennt sich nicht nur zur betrieblichen Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betriebsrat sondern auch zur unternehmerischen Mitbestimmung. Die Einbindung von Arbeitnehmern und Gewerkschaftsvertretern in die unternehmerische Kontrolle bietet Vorteile, die nicht nur von Gewerkschaften, sondern auch von Unternehmensvorständen gesehen werden. Allerdings müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass unser - international einzigartiges - Mitbestimmungsrecht im Ausland häufig nicht verstanden und sogar als Bedrohung empfunden wird. Es erweist sich letztendlich als Nachteil für deutsche Unternehmen und damit auch für die Entwicklung neuer Arbeitsplätze, wenn internationale Investoren deshalb einen Bogen um Deutschland machen.

Die Herausforderung der Politik besteht darin, das Unternehmensmitbestimmungsrecht als wichtigen Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes als Standort internationaler Unternehmen zu erkennen und weiterzuentwickeln. Dieser Aufgabe wird sich die CDU im Dialog mit den Sozialpartnern stellen.

Lohnstrukturen neu ordnen - Niedriglohnsektor wieder beleben

17. Unter dem Gesichtspunkt der beruflichen Qualifikation ist der Arbeitsmarkt in Deutschland schon seit längerer Zeit gespalten. Die Zahl der Arbeitsplätze für gut ausgebildete Arbeitnehmer hat im Trend stark zugenommen, während die Zahl der Arbeitsplätze für gering oder gar nicht ausgebildete Arbeitskräfte mit hohem Tempo gesunken ist. In den alten Bundesländern haben über 41 Prozent aller Arbeitslosen keine abgeschlossene Berufsausbildung, doch der Anteil dieser Personengruppe an der Gruppe aller Erwerbspersonen liegt nur bei 16 Prozent. In den neuen Ländern verfügen fast 23 Prozent der Arbeitslosen über keine abgeschlossene Berufsbildung.

Die hohe Kapitalisierung deutscher Arbeitsplätze verlangt gut ausgebildete Arbeitnehmer. Unausgebildete Arbeitskräfte stehen vor immer größeren Schwierigkeiten, eine Beschäftigung zu finden. Dies ist auch Folge einer Lohnpolitik, die in den unteren Lohngruppen überproportionale Lohnsteigerungen durchgesetzt hat. Da die Arbeit am unteren Ende der Produktivitätsskala überdurchschnittlich verteuert wurde, begünstigte diese Entwicklung den Ersatz von Arbeit durch Kapital oder rationalisierende Technik.

Deshalb müssen in Zukunft die Löhne wieder stärker nach beruflicher Qualifikation differenziert werden, damit auch Arbeitnehmer mit geringer Qualifikation und entsprechend niedriger Produktivität eine Chance haben, einen regulären Arbeitsplatz einnehmen zu können. Dies wird nur möglich sein, wenn gering qualifizierte Arbeit für die Unternehmen wieder bezahlbar wird.

Damit für Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung oder mit nur geringer Qualifizierung die Ausübung einfacher Tätigkeiten wieder attraktiv wird, muss der Niedriglohnsektor in Deutschland neu geordnet werden. Es müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um Eingliederungschancen für Arbeitslose verbessern und neue Beschäftigungspotentiale für niedrig entlohnte Beschäftigte auf dem ersten Arbeitsmarkt erschließen zu können.

Ziel muss es sein, echte Vollerwerbsarbeitsverhältnisse im Niedriglohnbereich zu schaffen. Sie sind heute in Deutschland deshalb so gut wie nicht mehr vorhanden, weil die Sozialhilfe als faktische Lohnuntergrenze für die Erschließung solcher niedrig bezahlter Beschäftigungsverhältnisse wie ein Riegel wirkt. Wenn diese Hemmschwelle überwunden werden kann, eröffnet sich ein geschätztes Potential von weit mehr als zwei Millionen Arbeitsplätzen. Damit könnte Deutschland zu den führenden Ländern im Dienstleistungssektor aufschließen.

Voraussetzung für einen marktwirtschaftlichen Niedriglohnsektor wäre, dass existenzsichernde Löhne in diesem Bereich rentable Arbeitsplätze ermöglichen. Soweit dies nicht möglich ist, müssen die bei den Arbeitnehmern entstehenden Einkommenseinbußen über Lohnzuschüsse des Staates abgefedert werden, damit der Grundsatz gilt: Wer arbeitet, muss mehr haben, als wenn er von staatlichen Transferzahlungen lebt. Die dafür erforderlichen Mittel können überwiegend aus den Einsparungen finanziert werden, die durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe gewonnen werden.

Dieser Umbau der staatlichen Förderung ist sinnvoll und notwendig. Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, Nichtarbeit zu fördern und sich bei der Aufnahme einer gering qualifizierten und entsprechend auch nur gering entlohnten Tätigkeit durch den Arbeitslosen sehr rasch zurückzuziehen. Der Staat muss ein hohes Interesse daran haben, dass gering qualifizierte Arbeitsuchende solche Arbeitsangebote annehmen. Deshalb müssen von Seiten des Staates auch hinreichend Anreize gesetzt werden, dass die Aufnahme solcher Beschäftigungsverhältnisse für Arbeitslose attraktiv ist. Gerade in einer Zeit, in der die weltweite Niedriglohnkonkurrenz eine immer größere Bedeutung erhält - in Osteuropa liegt das Niveau der Arbeitskosten teilweise bei weniger als einem Zehntel des Niveaus in Westdeutschland - gibt es zu dieser Strategie der Kombination aus gering bezahlter Arbeit und staatlichen Transfers keine sinnvolle Alternative.

Die wichtigste Aufgabe einer zukunftsfähigen Arbeitsmarktpolitik ist angesichts der strukturell verfestigten Arbeitslosigkeit und des fortschreitenden Abbaus von Beschäftigung auf dem 1. Arbeitsmarkt die Erschließung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten. Ein erfolgreiches Mittel dazu sind die Minijobs. Gegenwärtig sind bei der Bundesknappschaft über 7,5 Millionen geringfügige Beschäftigungsverhältnisse registriert. Der starke Anstieg der Minijobs in relativ kurzer Zeit hat deutlich gemacht, dass es einen großen Bedarf an Beschäftigungsverhältnissen dieser Art gibt. Die positive Entwicklung der Minijobs zeigt überdies, dass es möglich ist, einen nicht unerheblichen Teil von Beschäftigten in der Schattenwirtschaft in legale Arbeitsverhältnisse zu überführen, wenn man die Anreize zur Schaf-

fung und zur Aufnahme einfacher Arbeit attraktiv gestaltet. Die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse bieten überdies interessante Nebenverdienstmöglichkeiten, die auch einen erheblichen Beitrag zur Entwicklung des haushaltsnahen Dienstleistungssektors leisten können.

Die CDU fordert, die Obergrenze der Progressionszone, in der die Beschäftigten ermäßigte Sozialabgaben zahlen, deutlich anzuheben.

Den Mittelstand stärken

18. Der Mittelstand ist das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Zieht man die Grenze für einen mittelständischen Betrieb bei rund 500 Mitarbeitern, dann werden in Deutschland derzeit knapp 80 Prozent aller im privaten Sektor beschäftigten Personen vom Mittelstand beschäftigt. Im Mittelstand werden 75 Prozent aller Patente entwickelt, 80 Prozent aller Lehrlinge ausgebildet und rund 50 Prozent des privaten Bruttoinlandsproduktes erzielt.

In den 80er Jahren hatten wir in Deutschland eine breite Welle von mittelständischen Existenzgründungen. Seit dem Regierungsantritt der gegenwärtigen Bundesregierung fällt die Zahl der Existenzgründungen stetig. Mittlerweile ist sie auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung angelangt. Hinzu kommt, dass seit 1999 bis heute mehr als 180.000 Unternehmen Insolvenz anmelden mussten.

Als besonders schädlich für den Mittelstand hat sich die wuchernde Schwarzarbeit entwickelt, da sie vornehmlich in Geschäftsfeldern operiert, in denen traditionell mittelständische Unternehmen arbeiten. Die Schattenwirtschaft hat in der Regierungszeit von Rot/Grün um rund 15 Prozent zugenommen.

Die CDU fordert, durch grundsätzliche Verbesserungen der Bedingungen am Arbeitsmarkt die Schwarzarbeit wirksamer zu bekämpfen, als dies durch ein noch so ausgeklügeltes System an Kontrollen möglich wäre. Es gilt, die Vorteile zu bekämpfen, die die Schwarzarbeit derzeit für Auftraggeber, Unternehmer und Arbeitnehmer bietet. Dies gilt nicht zuletzt im Blick auf die Lohnzusatzkosten und die bürokratischen Lasten.

Repressive Bekämpfung allein wird nicht erfolgreich sein. Stattdessen müssen auch die Ursachen der Schwarzarbeit wie zu hohe Lohnnebenkosten, Steuern und Abgaben beseitigt werden, zum Beispiel durch einen reduzierten Umsatzsteuersatz bei Reparaturleistungen am Bau.

Wir streben an, für kleine Unternehmen mit bis zu 20 Arbeitnehmern ein Freistellungs-gesetz zu schaffen, das diese von Vorschriften freistellt, durch die sie überproportional belastet werden. Nach einer Untersuchung fallen in Unternehmen mit 500 Mitarbeitern und mehr für die Erledigung gesetzlich vorgeschriebener bürokratischer Aufgaben durchschnittliche Kosten in Höhe von 354 Euro pro Mitarbeiter an; in Unternehmen bis zu 9 Beschäftigten sind für diese Aufgaben Beträge von bis zu 4.360 Euro pro Mitarbeiter aufzubringen.

Mittelständische Unternehmen mit bis zu 20 Arbeitnehmern sollen deshalb freigestellt werden von den Regelungen des Teilzeit- und Befristungsgesetzes. Darüber hinaus ist die Anwendung der Vorschriften des Arbeitszeitrechts und der Arbeitsstättenverordnung bei kleinen Unternehmen auf Vorschriften zum Gesundheitsschutz zu beschränken. Die statistischen Auskunftspflichten müssen für diese Unternehmen weitgehend reduziert werden;

ferner sind die technischen Betriebsprüfungen auf ein Mindestmaß zu beschränken. Außerdem wollen wir die Verordnungen und Vorschriften auf weitere Hemmnisse für den Mittelstand überprüfen und weitere Befreiungstatbestände für diese Unternehmen schaffen, damit diese weitgehend frei von administrativen Zwängen ihrer eigentlichen unternehmerischen Tätigkeit nachgehen können.

Existenzgründungen vor allem in der Startphase unterstützen

19. Die Förderung neuer Existenzen ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Zukunft unseres Landes. Neue Existenzen sichern Wachstum und Wohlstand. Deshalb findet jeder, der in Deutschland eine Existenz neu gründen will, die CDU an seiner Seite.

Die CDU tritt dafür ein, den Schwerpunkt der finanziellen Förderung von Existenzgründern von direkten Zuschüssen zu verlagern hin zur Abgabe von Risikoübernahme-Zusagen, etwa durch Bürgschaften. Die Stärkung der Kreditwürdigkeit von Existenzgründern muss als ein zentrales Erfordernis der Förderpolitik verstanden werden. Die Anforderungen des Kapitalmarktes an die Banken und die neuen Eigenkapitalregelungen ("Basel II") werden dazu führen, dass Risikogesichtspunkte bei der Vergabe von Krediten - insbesondere an Existenzgründer - eine noch größere Bedeutung erhalten als bisher. Dieses Risiko muss durch entsprechende Zusagen staatlicher Risikoabfederung gemindert werden.

Als Instrument kommt die "Bürgschaft ohne Bank" in Betracht, deren Ziel es ist, Existenzgründern den Zugang zur Kreditfinanzierung durch Hausbanken zu erleichtern. Dabei erhalten Existenzgründer nach positiver kreditwirtschaftlicher Prüfung ihres Antrages ein Prüfzertifikat des jeweiligen Landes, durch das die Gewährung einer bis zu 80prozentigen Bürgschaft in Aussicht gestellt wird. Auf diese Weise kann Existenzgründern der Weg zur Hausbank-Finanzierung wesentlich erleichtert werden.

Junge Unternehmensgründer haben gerade in der Startphase einen besonderen Bedarf an Beratung und Begleitung. Während das Know-how für die Umsetzung der eigenen Geschäftsidee meist vorhanden ist, fehlt es oftmals an Kenntnissen in betriebswirtschaftlicher Hinsicht und im Bereich des technischen Rechts wie z.B. das Patentrecht oder die EU-Richtlinien über Gerätesicherheit und CE-Kennzeichnung. Deshalb benötigen Existenzgründer Orientierungshilfen. Hier müssen staatliche Institutionen, aber auch Handels- und Handwerkskammern sowie Interessenverbände noch stärker als bisher beratend tätig werden.

Auch "Business-Angels" können einen wichtigen Beitrag zum Erfolg von neuen Unternehmen leisten. Gerade für Neugründer ist die Unterstützung durch erfahrene Unternehmer wichtig. Die Investition von Erfahrung, persönlichem Netzwerk und Kapital durch Business-Angles stellt für Neugründer eine bedeutsame Brücke zum erfolgreichen Unternehmertum dar. Insbesondere können sie helfen, die oft nur geringe Kapitalausstattung von Existenzgründern entscheidend zu verbessern. Die CDU tritt dafür ein, den Zugang zu Kapital auf diesem Wege zu erleichtern; bestehende steuerliche Hemmnisse müssen beseitigt werden.

Wir halten fest an den bewährten Förderinstrumenten wie der Beratung von Existenzgründern im Rahmen spezieller Programme, an der Finanzierung durch zinsgünstige Darlehen der Investitionsbanken, des ERP-Sondervermögens und der KfW-Bankengruppe sowie durch traditionelle Bürgschaften.

IV. Wachstum, das den Menschen dient

Leitsatz:

Die Gründung einer Familie hat in den Lebensentwürfen der meisten Menschen einen herausragenden Platz. Die Familie ist auch im 21. Jahrhundert die attraktivste Lebensform. Die gleichzeitige Berufstätigkeit beider Partner ist das heute mehrheitlich gewünschte Lebensmodell. Junge Menschen wollen heute nicht mehr vor die Alternative Beruf oder Familie gestellt werden. Gefragt ist heute die möglichst reibungslose Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Politik, Tarifpartner und Unternehmen sind gefordert, das Arbeitsleben so zu gestalten, dass Familien- und Berufarbeit möglichst reibungslos miteinander vereinbart werden können. Wir brauchen familiengerechte Jobs, nicht aber jobgerechte Familien. Wachstum muss auch darauf ausgerichtet sein, den älteren Mitbürgern einen Lebensabend in Würde und Geborgenheit zu sichern.

Teilzeitbeschäftigung ausbauen

20. Teilzeitarbeit erleichtert es insbesondere Frauen - aber auch Männern - mit Betreuungspflichten in ihren Familien, Berufs- und Hausarbeit miteinander zu vereinbaren. Teilzeitarbeit ermöglicht aber auch vielen Unternehmen, ihre Betriebsabläufe flexibler zu gestalten.

Es liegt also im Interesse der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die gegenseitigen Interessenlagen abzustimmen. Wenn die Arbeitszeiten im Konsens geregelt sind, führt dies regelmäßig zu höherer Arbeitszufriedenheit, Produktivität und sinkenden Fehlzeiten. Die CDU will den Arbeitgebern und Arbeitnehmern mehr Freiräume geben, diese Interessen miteinander auszuhandeln. Unnötige Regulierung behindert die Problemlösung. Die CDU tritt dafür ein, die Teilzeitarbeit neu zu regeln. Dabei sind insbesondere die Überregulierungen im Teilzeit- und Befristungsgesetz zu beseitigen. Der Rechtsanspruch auf Teilzeit wird auf Zeiten der Kindererziehung und der häuslichen Pflege begrenzt.

Darüber hinaus werden wir alle Regelungen überprüfen, nach denen der Arbeitgeber bei Besetzung eines freien Arbeitsplatzes eine einseitige Aufstockung der Arbeitszeit durch den Arbeitnehmer nur verhindern kann, wenn dringende betriebliche Gründe oder Arbeitszeitwünsche anderer teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmer entgegenstehen. Solche und ähnliche Regelungen stellen eine zu weit gehende Einschränkung der Entscheidungsfreiheit des Unternehmers dar, Arbeitsplätze mit den aus seiner Sicht fachlich und persönlich geeignetsten Bewerbern zu besetzen. Sie wirken sich im Ergebnis schädlich auf die Einstellungschancen von Arbeitslosen aus. Deshalb müssen entsprechende Normierungen im deutschen und gegebenenfalls auch im Recht der Europäischen Union geändert werden.

Wo in Gesetzen und Verordnungen Schwellenwerte angegeben sind, werden gegenwärtig Teilzeitarbeitnehmer sehr unterschiedlich berücksichtigt und teilweise wie Vollzeitkräfte behandelt. Diese Regelung führt dazu, dass Unternehmen, die viele Teilzeitkräfte beschäftigen, benachteiligt werden. Die CDU tritt deshalb dafür ein, dass bei allen Schwellenwerten in Gesetzen und Verordnungen Teilzeitarbeitnehmer grundsätzlich nur anteilig entsprechend ihrer wöchentlichen Arbeitszeit berücksichtigt werden. Auszubildende sollen künftig bei der Berechnung von Schwellenwerten überhaupt nicht mehr berücksichtigt werden. Dies schafft einen zusätzlichen Impuls, stärker auszubilden.

Mehr Flexibilität bei den Arbeitszeiten ermöglichen

21. Erfolgreiche Unternehmen sind heute mehr denn je darauf angewiesen, im Blick auf die Arbeitszeiten ihrer Arbeitnehmer je nach Konjunktur- und Auftragslage flexibel reagieren und ihre Beschäftigten so einsetzen zu können, dass Nutzen und Kosten in einem optimalen Verhältnis zueinander stehen. Deshalb ist das derzeit geltende Arbeitszeitgesetz für eine optimale Unternehmensstrategie ebenso hinderlich wie für eine erfolgreiche Entwicklung des Arbeitsmarktes. Darüber hinaus haben Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit Familienpflichten ein hohes Interesse daran, dass bisher starre Arbeitszeiten flexibler gehandhabt werden können, um auf diese Weise Berufs- und Familienarbeit besser vereinbaren zu können.

Die tägliche Arbeitszeit als Richtgröße, wie sie in Deutschland traditionell gesetzlich festgelegt ist, ist sowohl im Produktions- wie im Dienstleistungssektor nicht mehr zeitgemäß. Entsprechend den einschlägigen Richtlinien der Europäischen Union streben wir deshalb an, dass das deutsche Arbeitszeitgesetz sich sehr rasch mindestens an der Wochenarbeitszeit orientiert.

Darüber hinaus wollen wir die Zeitsouveränität der Arbeitnehmer stärken und gesetzlich absichern, um auch auf diese Weise mehr Beschäftigung erzielen zu können. Arbeitnehmer sollen Überstunden auf Arbeitszeitkonten ansparen können. Zeitweilige Mehrarbeit soll auf Langzeit- oder Lebensarbeitszeitkonten flexibel verrechnet werden können, sofern diese gegen Insolvenz geschützt sind. Form und Umfang der Flexibilität sind allerdings vom jeweiligen Tätigkeitsgebiet abhängig.

Eine flexible Gestaltung der Arbeitszeit schafft Freiräume zur weiteren Qualifizierung, deren Bedeutung angesichts der technologischen Entwicklung in vielen Berufsfeldern künftig erheblich zunehmen wird. Berufsbegleitende Weiterbildung kommt Arbeitnehmer wie Arbeitgeber gleichermaßen zugute. Für den Arbeitnehmer bietet eine stärkere Flexibilisierung der Arbeitszeit auch bessere Möglichkeiten, Berufs- und Familienarbeit miteinander zu vereinbaren. Flexibilität ist auch erforderlich, um vor dem Hintergrund des demographischen Wandels altersgerechte Beschäftigungsformen praktizieren zu können.

Frauenerwerbsquote steigern

22. Frauen sind heute gleich gut ausgebildet wie Männer. Die eigenständige Existenzsicherung für Frauen hat eine wachsende Bedeutung gewonnen. Dies ist besonders für Alleinerziehende nur schwierig zu erreichen. Das Problem, Familien- und Erwerbsarbeit miteinander zu verknüpfen, ist faktisch weit überwiegend ein Problem von Frauen. Frauen haben den gleichen Anspruch wie Männer, Familie und Beruf zu vereinbaren.

Deutschland hat eine der schlechtesten Frauenerwerbsquoten in Europa. Dadurch liegt nicht nur ein riesiges Potential brach, sondern wir verzichten damit auf eine höhere Zufriedenheit, auf eine bessere Einkommenssituation in Familien und langfristig auf die Chance der eigenständigen Altersvorsorge der Frauen. Länder mit hoher Frauenerwerbsquote haben auch die höchsten Geburtenraten in Europa. Kinder kommen dann zur Welt, wenn Väter und Mütter zuversichtlich in die Zukunft blicken. An dieser Zuversicht in anderen Ländern will die CDU sich orientieren.

Eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Beruf und Familie miteinander vereinbart werden können, ist ein ausreichendes Angebot an Betreuungsmöglichkeiten insbesondere für Kleinkinder. Die CDU tritt ein für ein vielfältiges, am Bedarf und am Elternwillen orientiertes, qualitativ gutes Kinderbetreuungsangebot. Dazu zählen Krippen, Spielgruppen, Elterninitiativen, Tagesmütter, Kindergärten - auch in betrieblicher Trägerschaft - mit an den örtlichen Bedürfnissen orientierten Öffnungszeiten, Ganztageschulen, Schulen mit betreuendem Ganztagesangebot, Horte und Angebote Freier Träger. Von besonderer Bedeutung ist, dass vor allem Grundschulen sicherstellen, dass die Kinder mindestens halbtägig verlässlich betreut werden. Dies muss auch bei Unterrichtsausfall gelten, der durch eine Erkrankung des Lehrers verursacht wird.

Wir brauchen in Deutschland mehr familienfreundliche Unternehmensstrukturen. Dazu gehört, dass - wo immer dies möglich ist - vor allem ein Höchstmaß an flexiblen Arbeitszeitregelungen angeboten wird, die es erlauben, die Erwerbszeit auch an den Bedürfnissen von Familien zu orientieren. Es kommt in hohem Maße dem Interesse vor allem von Frauen entgegen, wenn Tarifpartner und Unternehmen im Rahmen von Tarifverhandlungen und betrieblichen Vereinbarungen neben flexiblen Arbeitszeiten auch Regelungen über Jahresarbeitszeitkonten, über Job-Sharing und Gleitzeitregelungen treffen. Auch die modernen Möglichkeiten der Tele- und Heimarbeit können Frauen und Männern mit Familienpflichten neue Beschäftigungschancen eröffnen. Für Frauen, die nach einer Familienphase in den Beruf zurückkehren, müssen gleitende Übergänge geschaffen werden. Weiterbildungsangebote zur Auffrischung des beruflichen Wissens und zur Aneignung neuen Wissens können die Berufsrückkehr entscheidend erleichtern.

Unternehmensleitungen machen zunehmend die Erfahrung, dass eine familienfreundliche Personalpolitik zu einer hohen Arbeitsplatzzufriedenheit, gesteigerter Leistungsbereitschaft und sinkenden Fehlzeiten führt. Familienfreundliche Unternehmensstrukturen lösen positive betriebswirtschaftliche Effekte aus. In diesem Zusammenhang appelliert die CDU an die Unternehmen, in größerem Umfang als bisher einen flexiblen Beitrag zum Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen in betrieblicher Trägerschaft zu leisten oder sich an bestehenden Angeboten zu beteiligen.

Gleichzeitig können verbesserte Chancen für Frauen am Arbeitsmarkt auch dem Trend entgegenwirken, dass insbesondere gut qualifizierte Frauen, um das berufliche Fortkommen nicht zu gefährden, ihren Kinderwunsch nicht verwirklichen.

Die sich aus der Abnahme der Bevölkerungszahl ergebenden Folgeprobleme für den Arbeitsmarkt im Blick auf das Erwerbspersonenpotential in Deutschland werden erheblich sein. Unser Land muss sich darauf einstellen, dass es angesichts der demographischen Entwicklung zunehmend erforderlich sein wird, den notwendigen Arbeitskräftebedarf - insbesondere im Hinblick auf den Bedarf an qualifizierten Fachkräften - dadurch zu decken, dass mehr Frauen auch dann einer Berufsarbeit nachgehen können, wenn sie Familienpflichten zu erfüllen haben. Auch unter diesem Gesichtspunkt müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die Frauenerwerbsquote deutlich gesteigert werden kann.

Den haushaltsnahen Dienstleistungssektor entwickeln

23. Gerade in privaten Haushalten fallen viele vergleichsweise einfache Arbeiten an, die häufig keine hohen Ausbildungsqualifikationen erfordern, wohl aber soziale Kompetenz,

z.B. bei der Betreuung alter und pflegebedürftiger Menschen. Dieser Bereich des Arbeitsmarktes bietet vielfältige Beschäftigungsmöglichkeiten. Angesichts der sich abzeichnenden gesellschaftlichen und demographischen Entwicklungen steht zu erwarten, dass in diesem Bereich sich bereits mittelfristig eine große Nachfrage nach Arbeitskräften entwickeln wird. Besondere Bedeutung werden dabei die Pflege älterer Menschen und die Betreuung von Kindern berufstätiger Paare gewinnen. Der haushaltsnahe Dienstleistungsbereich kann einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der deutschen Beschäftigungsprobleme leisten.

Es ist daher unerlässlich, die hauswirtschaftliche Ausbildung zu modernisieren und die Tätigkeit als "Dienstleister im Privathaushalt" als ein Hauptausbildungsziel festzuschreiben. Die CDU tritt werbend dafür ein, eine solche berufliche Tätigkeit stärker als bisher gesellschaftlich anzuerkennen.

Dringende Aufgabe der Politik ist es, für die Beschäftigungsfelder in Privathaushalten günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, damit in diesem Sektor bisher ungenutzte Potentiale erschlossen, möglichst viele Arbeitsplätze entstehen und zugleich der Entwicklung der Schwarzarbeit wirksam entgegengewirkt werden kann. Die CDU wird die rechtliche Klarstellung herbeiführen, dass private Haushalte als Arbeitgeber anerkannt werden. Die Beschäftigung im Privathaushalt muss weiter entbürokratisiert werden. Aufwendungen für Dienstleistungen sollen steuerlich geltend gemacht werden können.

In der Bundesagentur für Arbeit muss die systematische Information über die bestehenden Arbeitsplatzpotentiale der privaten Haushalte grundlegend verbessert werden. Eine privatwirtschaftliche Struktur von Dienstleistungsagenturen kann überdies wertvolle Impulse zur Entwicklung dieses Sektors beitragen.

Besondere Maßnahmen sind erforderlich, um das Angebot an Dienstleistern im Privathaushalt für Menschen zu erschließen, die auf Grund von Krankheit oder Pflegebedürftigkeit auf Hilfe angewiesen sind und deren Kosten für diese Dienstleistungen von den Krankenversicherungsträgern übernommen werden.

V. Wachstum, das den Sozialstaat sichert

Leitsatz:

In der Sozialen Marktwirtschaft sind Wirtschafts- und Sozialordnung untrennbar miteinander verbunden. Eine Wirtschaftspolitik ohne soziale Gerechtigkeit gefährdet den sozialen Frieden und führt zugleich zu volkswirtschaftlichen Verlusten und gesellschaftlicher Instabilität. Eine Sozialpolitik ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und wirtschaftliches Wachstum beraubt sich selbst ihrer Einnahmequellen. Es gilt, die Prinzipien der Humanität und Wirtschaftlichkeit sowie der Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit neu auszubalancieren. Wir müssen den Sozialstaat umbauen, um ihn in seiner Substanz zu erhalten.

Lohnzusatzkosten reduzieren - Arbeit von Sozialkosten entlasten

24. Um die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeit zu stärken, müssen die Lohnzusatzkosten - das sind die anteiligen Beiträge der Arbeitgeber in die sozialen Sicherungssysteme - deutlich abgesenkt werden. Ziel muss es sein, die Personalzusatzkosten zu senken,

um so die Arbeitskosten insgesamt niedrig zu halten und die Differenz zwischen Brutto- und Nettolöhnen zu verringern.

Dies kann erreicht werden, wenn die Gesundheitskosten dauerhaft von den Arbeitskosten abgekoppelt werden.

Das heutige System der Gesetzlichen Krankenversicherung wollen wir in ein einkommenunabhängiges und erheblich demographiefesteres System einer solidarischen Gesundheitsprämie umwandeln.

CDU und CSU haben über die Ausgestaltung einer solchen Prämie Einigung erzielt. In der Pflegeversicherung sollen die Lohnzusatzkosten auf Dauer von den Arbeitskosten abgelöst werden, wodurch positive Wachstums- und Beschäftigungspotentiale freigesetzt werden.

In der Arbeitslosenversicherung kann durch eine Stärkung des Versicherungscharakters der Beitrag von derzeit 6,5 Prozent auf unter 5 Prozent abgesenkt werden. Mittelfristig kann von einer Absenkung auf unter 4 Prozent ausgegangen werden. Durch diese Absenkungen werden die Lohnzusatzkosten noch weiter reduziert.

Die CDU tritt dafür ein, die Voraussetzungen für den Bezug von Leistungen im Fall der Arbeitslosigkeit strenger zu fassen. Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes soll sozial gerecht und künftig wie folgt geregelt werden:

- Im Regelfall wird Arbeitslosengeld bis zu 12 Monaten gezahlt.
- Bei einer versicherungspflichtigen Vorbeschäftigungszeit von mindestens 15 Jahren erhöht sich die Bezugsdauer auf bis zu 15 Monate.
- Wer mindestens 25 Jahre lang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, hat einen Leistungsanspruch von bis zu 18 Monaten.
- Für einen Übergangszeitraum wird das Arbeitslosengeld bei mindestens 40 Beitragsjahren bis zu 24 Monate gezahlt.

Arbeitsmarktreform wirksam und menschlich umsetzen

25. Die CDU hat dem "Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt" in Bundestag und Bundesrat zugestimmt. Zu diesen Beschlüssen steht sie. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist von der CDU bereits in der letzten Wahlperiode gefordert worden und stellt einen wichtigen Reformschritt auf dem Arbeitsmarkt dar. Durch das neue Sozialgesetzbuch II (SGB II), in dem diese beiden Systeme nun verschmolzen werden, wird richtigerweise der Schwerpunkt auf die Wiedereingliederung der erwerbsfähigen Hilfebezieher in den Arbeitsmarkt gelegt und nicht mehr primär auf die Zahlung des Lebensunterhalts.

Oberstes Ziel muss es sein, die Betroffenen aus dem Transfersystem wieder herauszuführen, sei es durch die neuen Hinzuverdienstmöglichkeiten, eine passgenaue Förderung bei der Eingliederung in Arbeit, eine intensivere Betreuung durch einen persönlichen Ansprechpartner in den zuständigen Ämtern oder auch durch die unmissverständliche An-

drohung sowie Durchsetzung von Sanktionen, wenn der Hilfebedürftige die notwendigen Eigenbemühungen nicht leistet, insbesondere eine angebotene Arbeit ablehnt.

Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe muss aber auch begleitet sein von einer umfassenden Strategie, die die Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Deutschland entscheidend verbessert. Hierzu gehört eine wachstumsorientierte Politik, die die Voraussetzungen dafür schaffen kann, dass Unternehmen wieder in Deutschland investieren und hier Arbeitsplätze schaffen.

Außerdem darf sich die Umsetzung der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe nicht auf das Auszahlen des Lebensunterhalts und das "Fordern" beschränken, sondern es muss so umgesetzt werden, dass es dem Arbeitslosen Chancen auf eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt eröffnet. Das bedeutet, die Hilfebedürftigen müssen eine intensivere und individuelle Betreuung sowie einen leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt erfahren als heute. Das kann erreicht werden, indem die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auch in dem Punkt "Fördern" umgesetzt wird.

Zu prüfen ist auch, ob und inwieweit die Zuverdienstregelungen von 1-2 Euro zum ALG II zu einem neuen massiv subventionierten Arbeitsbereich führen, die dem eigentlichen Ziel einer Eingliederung der Langzeitarbeitslosen in den 1. Arbeitsmarkt entgegenstehen und darüber hinaus Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt gefährden.

Schließlich ist die CDU nach wie vor der Ansicht, dass die Bundesagentur für Arbeit mit der neuen Aufgabe personell und organisatorisch überfordert ist und die kommunale Ebene hier die erheblich bessere Alternative gewesen wäre. Jetzt können wenigstens 69 Kreise und kreisfreie Städte in Deutschland optieren und beweisen, dass sie in der Lage sind, nicht nur den Lebensunterhalt an die Betroffenen auszuzahlen, sondern auch, sie zu fördern und ihnen bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt effektiv zu helfen. Im Falle eines Regierungswechsels ist zu prüfen, ob die kommunale Trägerschaft über die 69 Optionskommunen hinaus ausgedehnt werden kann.

Zu prüfen ist ferner, ob und wie die Hinzuverdienstregelungen für Bezieher von Arbeitslosengeld II in der Praxis wirken. Ziel ist in jedem Fall, dass der Hilfebezieher durch die geänderten Regelungen, anders als in den alten Systemen der Sozial- und Arbeitslosenhilfe, einen stärkeren Anreiz erfährt, Arbeit aufzunehmen, und zwar in einem Umfang, der es ihm ermöglicht, sich ganz aus dem Transferbezug zu lösen. Sollte sich erweisen, dass die geänderten Hinzuverdienstregelungen diesen Zweck nur unzureichend erreichen, so ist zu prüfen, wie sie geändert und dem Gesetzeszweck entsprechend passgenauer gestaltet werden können.

Es muss für Leistungsempfänger attraktiver werden, durch Hinzuverdienste ein Gesamteinkommen deutlich über dem Niveau der Transferleistung zu erzielen. Eine geänderte Hinzuverdienstregelung könnte wie folgt aussehen: Nimmt ein Bezieher von ALG II eine entlohnte Arbeit auf, so soll dies in einem Eingangsbereich ohne Kürzung der Transfers möglich sein. Übersteigt das Gesamteinkommen den Eingangsbereich, wird die das ALG II allmählich abgeschmolzen. Diese Leistungsminderung wird jedoch so maßvoll vorgenommen, dass der Transferentzug - der heute in weiten Bereichen bei 100 Prozent liegt - nicht über 70 Prozent ansteigt. Ziel muss es sein, dass der Grenzertrag eines jeden Euro durchschnittlich mindestens 30 Prozent beträgt; d.h. dass von jedem Euro mindestens 30 Cent beim Leistungsempfänger verbleiben. Auf diese Weise wird es für Bezieher von ALG II attraktiv

raktiv, eine Arbeit aufzunehmen und damit einen ersten wichtigen Schritt zur Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt zu gehen.

VI. Wachstum, das vom Wettbewerb lebt

Leitsatz:

Fortschritt ist ohne den fruchtbaren Wettbewerb der Ideen und Meinungen nicht möglich. Der Wettbewerb stellt sicher, dass Innovationen nicht auf der Strecke bleiben. Er zwingt zum sparsamen und effizienten Umgang mit knappen Ressourcen. Wettbewerb ist Ausdruck von Freiheit und persönlichem Leistungswillen. Wettbewerb setzt voraus, dass die Kräfte des Marktes sich innerhalb eines Ordnungsrahmens entfalten können. Er verhindert Machtkonzentration in den Händen weniger Menschen oder Unternehmen. Ökonomische Fehlsteuerungen, die sich aus Monopolen ergeben, müssen beseitigt werden. Unlauterer Wettbewerb muss ebenso unterbunden werden wie die Beeinträchtigung des Wettbewerbs durch bürokratische Vorgaben. Wettbewerb setzt ausreichend vorhandene und funktionierende öffentliche Infrastrukturen voraus.

Mehr Wettbewerb zulassen wo immer möglich

26. Da Wettbewerb ein Garant unserer Freiheit und eine Triebfeder unseres Wohlstandes ist, zählt es zu den Hauptaufgaben einer erfolgreichen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, wo immer möglich aktiv Wettbewerb zuzulassen, ihn zu intensivieren und ihn vor Eingriffen zu schützen, die im Ergebnis zu weniger Wettbewerb führen. Ein Erfolgsgarant der deutschen Wirtschaft ist der Europäische Binnenmarkt. Das gilt nicht nur für die exportorientierten Großunternehmen. Noch vorhandene grenzüberschreitende Hürden insbesondere in den Bereichen Dienstleistungen und Kapital müssen zügig abgebaut werden. Die Vollendung des EU-Binnenmarkts bringt neues Wachstumspotential auch in Deutschland.

Die CDU tritt dafür ein, wo immer möglich alle wettbewerbsbeschränkenden oder wettbewerbsverzerrenden Regulierungen aufzuheben, um auf diese Weise zu mehr Wachstum in Deutschland zu kommen:

- In der Energieversorgung tritt die CDU dafür ein, dass die Strom- und Gasnetze gleichberechtigt und transparent von allen Energieanbietern genutzt werden können. Eine Regulierungsbehörde prüft und genehmigt die Kalkulationsgrundlagen der Netznutzungsbedingungen. In den Regelungen über die Gestaltung des Netzzuganges darf es keine staatliche Existenzgarantie und keinen garantierten Mindestzins für Energiewirtschaft und Netzbetreiber geben. Die Politik hat für Rahmenbedingungen zu sorgen, die einen nachhaltigen Energien-Mix und seine Weiterentwicklung ermöglichen. Die Benachteiligung Deutschlands als Standort für Energieerzeugung muss konsequent abgebaut werden. Die Information der Verbraucher muss verbessert werden.
- Die CDU wird prüfen, ob und inwieweit eine Verzahnung der Wettbewerbsbehörden sowohl auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene - die über das Europäische Wettbewerbsnetz hinausgeht - sinnvoll und machbar ist.

Künftig ist die wettbewerbsordnende Funktion des Bundeskartellamtes zu stärken und nicht länger durch Errichtung immer neuer Sonderregulierungsbehörden für einzelne Branchen einzuschränken. Die CDU tritt dafür ein, die Verfahren zur Ministererlaubnis so zu gestalten, dass eine missbräuchliche Ausnutzung nicht mehr möglich ist. Zugleich muss die Fusionskontrolle stärker als bisher auf ökonomische Analysen abstellen.

- Marktöffnung und Wettbewerb müssen auch im gesamten Gesundheitsbereich gelten. Diese Forderung betrifft die Versicherungsleistungen ebenso wie Gesundheitsdienstleistungen, pharmazeutische Erzeugnisse und Heil- und Hilfsmittel. Eine flächendeckende, patientenorientierte und zeitnahe Versorgung und ein qualitätsorientierter Patientenschutz muss durch geeignete Rahmenbedingungen gesichert sein.
- Im Blick auf den Wettbewerb bei den Postdienstleistungen sind die Bestimmungen des Postgesetzes umgehend auf den Prüfstand zu stellen. Ziel muss die völlige Abschaffung des Briefmonopols sein. Die Bundesregierung muss endlich ihre Verweigerungshaltung aufgeben und das Postgesetz an die bereits geltende EU-Richtlinie zu Postdienstleistungen anpassen. Anderweitig wird die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eröffnen.
- Zur Stärkung des wettbewerbsfähigen, modernen und qualitativ hochwertigen Finanzdienstleistungssektors am Finanzplatz Deutschland sind die rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen weiter zu verbessern. Dazu zählen vor allem die Sicherstellung der stetigen und flexiblen Versorgung des Mittelstandes mit Eigen- und Fremdkapital, die Weiterentwicklung des Marktes für privates Risikokapital (private equity) und optimale steuerliche und aufsichtsrechtliche Bedingungen für innovative Finanzprodukte. Bei der Weiterentwicklung des deutschen Bankenmarktes kommt den Sparkassen und Genossenschaftsbanken eine besondere Bedeutung im Hinblick auf die Kreditversorgung der mittelständischen Wirtschaft zu. Hier liegt eine Rechtfertigung für die besondere Struktur des Sparkassensektors.
- Die Kammern stellen ein wichtiges Element der Selbstverwaltung der Wirtschaft und der Freiheit von staatlicher Regulierung dar. Die CDU spricht sich dafür aus, dass wo immer möglich die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern zu einer engen Kooperation gelangen. Dabei soll die Arbeit der Kammern vor allem auf die Beratung des Staates im Gesamtinteresse der Wirtschaft und auf hoheitliche Aufgaben konzentriert werden. Soweit darüber hinaus Serviceleistungen erbracht werden, müssen die Interessen privater Anbieter berücksichtigt werden. Die Finanzierung solcher Serviceleistungen muss über Entgelte derjenigen Unternehmen erfolgen, die aus diesen Leistungen Nutzen ziehen.

Mehr Wettbewerb in den Verkehrsmärkten zulassen

27. Besonderer Handlungsbedarf, den Wettbewerb zu stärken, besteht insbesondere auf dem Verkehrsmarkt. Die CDU tritt dafür ein, die Verkehrsmärkte stärker als bisher für den Wettbewerb zu öffnen. Dies gilt insbesondere für den schienenengebundenen Verkehr. Mehr Wettbewerb führt dazu, die Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen zu steigern, neue Angebote im Bahnmarkt zu etablieren und den Marktanteil der Bahn im Personen- und Güterverkehr zu steigern. Um die Attraktivität des Schienenverkehrs langfristig zu sichern, muss die Bahnreform konsequent weitergeführt werden. Dazu gehört vor allem der kunden-

freundliche und faire Wettbewerb konkurrierender Unternehmen auf der Schiene. Es gilt, einen Wettlauf um die lukrativsten Strecken zu Lasten weniger ertragreicher Strecken zu vermeiden.

Die Infrastrukturverantwortung des Staates für sein steuerfinanziertes Schienennetz muss erhalten bleiben; es darf nicht zum bloßen Renditeobjekt des Kapitalmarktes werden. Solange Betrieb und Netz in einem Unternehmen geführt werden, ist eine Stärkung des Wettbewerbs durch einen diskriminierungsfreien Zugang unterschiedlicher Unternehmen zum Schienennetz nicht gewährleistet. Die CDU strebt die Einsetzung einer Regierungskommission an, die die dritte Stufe der Bahnreform, die Privatisierung der Deutschen Bahn AG, ergebnisoffen prüft. Dabei sind die Verkehrs-, Wettbewerbs- und haushaltspolitischen Auswirkungen zu berücksichtigen.

Darüber hinaus muss es gelingen, ein europäisches Eisenbahnnetz zu realisieren, das diesen Namen wirklich verdient. Die große Systemstärke des schienengebundenen Verkehrs, gebündelten Verkehr über große Distanzen zu führen, wird gegenwärtig nur unzureichend genutzt. Der Anteil der Bahn am Transportmarkt über 500 km ist völlig unzureichend, weil der grenzüberschreitende Verkehr der Bahn durch die Vielfalt der Gleis-, Signal- und Stromversorgungssysteme stark beeinträchtigt ist. Als weitere Aufgabe ist jetzt die zügige Beseitigung von Diskrepanzen zwischen den Eisenbahnsystemen der bisherigen EU-Staaten und den Beitrittsstaaten zu bewältigen. Als großer Fortschritt muss die ab 2006 erfolgende stufenweise Öffnung der Schienennetze aller EU-Mitgliedstaaten für einen diskriminierungsfreien Zugang aller Eisenbahnunternehmen in der Europäischen Union gewertet werden. Die CDU spricht sich allerdings dafür aus, die vorgesehenen Beschränkungen im Personenverkehr aufzuheben und die Öffnung für diesen Verkehr deutlich früher als erst 2010 vorzunehmen.

Das schnelle Massentransportmittel Transrapid ist Hochtechnologie, die Deutschland einen weltweiten Vorsprung in der Verkehrstechnik sichert. Die CDU hält an dem Ziel fest, die deutsche Transrapid-Hochtechnologie weltweit als Ergänzung zur konventionellen Rad-Schiene-Technik zu vermarkten. Dies setzt allerdings voraus, dass der Transrapid endlich auch in Deutschland zum Einsatz kommt. Als wichtiges Referenzobjekt deutscher Ingenieurleistung darf seine Nutzung nicht allein unter kurzfristigen Rentabilitätsaspekten gesehen werden. Der Transrapid hat alle Chancen, sich in Europa zu einem erfolgreichen Verkehrsträger für den schnellen Verkehr zwischen den Ballungsräumen zu entwickeln.

Investitionsstau in der Verkehrsinfrastruktur auflösen

28. Eine moderne, leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist Voraussetzung für ein wettbewerbsfähiges Deutschland, für wirtschaftliches Wachstum und für den Wohlstand der Bürger. Deutsche Unternehmen sind darauf angewiesen, dass ihre Güter schnell und zuverlässig durch Deutschland und Europa transportiert werden. Umgekehrt gilt, dass wirtschaftliches Wachstum einen zusätzlichen Bedarf an Verkehrsinfrastruktur auslöst. Unzureichende Verkehrsinfrastrukturen gehören zu den schädlichsten Wachstumsbremsen.

Deutschland steht in der Gefahr, seinen Standortvorteil zu verlieren, der vor allem in einer gut ausgebauten Verkehrsinfrastruktur besteht. Die deutschen Autobahnen galten einmal international als vorbildlich und das beste Straßennetz der Welt. Heute sind die Straßenverkehrswege in Deutschland durch die mangelhafte Infrastrukturpolitik der Bundesregierung bestenfalls noch Mittelmaß im europäischen Vergleich. Rund 15 Prozent des Bundes-

autobahnnetzes sind bereits chronisch überlastet. Der volkswirtschaftliche Schaden, der durch stockenden oder stehenden Straßenverkehr entsteht, wird auf 100 Milliarden Euro jährlich beziffert.

Deutschland als Transitland in der Mitte Europas darf seinen Vorteil im internationalen Wettbewerb nicht verspielen. In den nächsten Jahren muss unser Land seine strukturpolitischen Prioritäten neu festlegen zugunsten eines weiteren Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur. Insbesondere das Straßennetz in Deutschland muss nachfragegerecht und zukunftsorientiert ausgebaut werden. Die im Bau befindlichen Verkehrsprojekte müssen zügig fortgeführt, die baureifen Maßnahmen schnellstmöglich begonnen und die übrigen Projekte des vordringlichen Bedarfs zeitnah realisiert werden.

Um die notwendigen Mittel aufbringen zu können, muss in den öffentlichen Haushalten zugunsten des Verkehrsbereiches umgeschichtet werden. Um weitere Mittel zu erwirtschaften, muss schnellstmöglich die LKW-Maut in einem handwerklich sauberen Verfahren umgesetzt werden. Dabei dürfen allerdings den deutschen Betrieben des Güterkraftverkehrsgewerbes keine dauerhaften Wettbewerbsnachteile entstehen. Die Einnahmen aus der Maut müssen zusätzlich zum Verkehrshaushalt unmittelbar einer unabhängigen, kreditfähigen Verkehrsinfrastruktur-Finanzierungsgesellschaft zur Verfügung stehen, die nach Maßgabe des Bundesministers für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und anhand des Bundesverkehrswegeplanes über anstehende Baumaßnahmen entscheidet und dabei auch verstärkt private Betreiber und Investoren einbinden kann.

Der hohe Investitionsbedarf, insbesondere für die Bereiche Schiene, Straße und Wasserwege, kann nicht allein durch die öffentlichen Haushalte abgedeckt werden. Daher müssen Möglichkeiten der projektbezogenen privaten Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur intensiver als bisher genutzt werden. Die CDU setzt sich für eine europäische Regelung der Verkehrswegekosten ein.

Die Privatfinanzierung soll eine Effizienzsteigerung der Verkehrsinfrastruktur erzeugen. Die Bereitstellung von Infrastruktur ist und bleibt jedoch Staatsaufgabe; das Eigentum an Verkehrsinfrastruktur muss auch künftig grundsätzlich in staatlicher Hand liegen.

Für die Binnenschifffahrt ist ein Gesamtkonzept erforderlich, das auch den Aus- und Weiterbau der entsprechenden Verkehrswege zum Inhalt hat. Neben der Modernisierung der Wasserwege sind die Schnittstellen mit anderen Verkehrsträgern in den Häfen zu verbessern. Die Beförderung von Massengütern auf den Wasserstraßen muss ausgebaut werden.

Einen wesentlichen Beitrag zur Zukunftssicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland leistet der Luftverkehr. Die Bundesregierung steht vor allem in der Pflicht, einen zielführenden Beitrag zur Behebung der Engpasssituationen bei den Flughafenkapazitäten zu leisten. Sie muss insbesondere den Ausbau des Flughafens Frankfurt/Main als Infrastrukturaufgabe von nationaler Bedeutung unterstützen und sich im Rahmen der Luftverkehrsinitiative Deutschland für die Erstellung eines Masterplans für eine bundesweit verbindliche - mit den Ländern abgestimmte - Flughafenplanung einsetzen. Darüber hinaus ist Investitionssicherheit durch ausreichenden Bestandschutz für bestehende Infrastrukturanlagen sowie Planungssicherheit und zügige Durchführung der luftrechtlichen Zulassungsverfahren für künftige Ausbauvorhaben sicherzustellen. Die CDU tritt dafür ein, bei einer Novellierung der Fluglärmgesetzgebung auch den aktuellen Stand der Luftfahrttechnik und der Lärmwirkungsforschung zu berücksichtigen.

Vorfahrt im Herzen Europas - Infrastruktur Deutschlands modernisieren und ausbauen

29. Mit der Erweiterung der Europäischen Union werden die Verkehrswege in Deutschland weitere Verkehrsströme verkraften müssen. Um die Möglichkeiten des erweiterten Binnenmarktes mit zusätzlichen 100 Mio. Menschen zu nutzen, muss auch die Infrastruktur Deutschlands den Entwicklungen angepasst werden.

Gerade für Deutschland als Transitland im Herzen Europas bedeutet die wirtschaftliche Integration Europas in alle Himmelsrichtungen anwachsende Verkehrsströme. In keinem anderen Land in Europa finden sich so viele Knotenpunkte der wichtigsten West-Ost-Verbindungen und Nord-Süd-Verbindungen des Kontinents.

So gehen Prognosen davon aus, dass bspw. der grenzüberschreitende Transitverkehr nach Polen, Tschechien und Ungarn um das Drei- bis Vierfache anwachsen wird; 40 bis 50 Prozent dieses Volumens entfällt auf den Straßengüterverkehr. Die heute bestehenden Verkehrsverbindungen entsprechen in keiner Weise dem zu erwartenden Bedarf.

Der weitere Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist auch eine entscheidende Voraussetzung für mehr Wachstum und für ein Gelingen des Strukturwandels in den neuen Ländern. Die aus der langjährigen Teilung Deutschlands herrührenden Standortnachteile im Blick auf die Verkehrswege Straße und Schiene sind nach wie vor erheblich. Sie behindern die Entwicklung bereits bestehender Unternehmen, verhindern die Ansiedlung neuer Unternehmen und wirken als Bremse des notwendigen Strukturwandels. Die CDU fordert deshalb:

- Verkehrsprojekte im Zusammenhang mit der Europäischen Einheit müssen im Bundesverkehrswegeplan als "vordringlicher Bedarf" ausgewiesen werden.
- Die Haupt-Verkehrsverbindungen gerade mit den mittel- und osteuropäischen Staaten ("transeuropäische Netze") müssen zügig ausgebaut werden.
- Der durch das Versagen der Bundesregierung verursachte Einnahmeausfall aus der Maut für Lastkraftwagen darf nicht zu einer Benachteiligung des Verkehrswegebbaus führen.
- Die seit langem geplanten, aber von der amtierenden Bundesregierung verschleppten oder gestoppten Verkehrsprojekte müssen rasch wieder aufgenommen und fertig gestellt werden (Beispiel: ICE-Trasse Nürnberg-Erfurt-Halle/Leipzig).
- Deutschland muss im Gespräch mit seinen Nachbarn darauf hinwirken, dass auch dort die Verkehrsinfrastruktur zumindest in den Grenzregionen zügig ausgebaut wird.
- Das Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz hat sich in den neuen Ländern bewährt. Die Geltungsdauer des Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes in den neuen Ländern muss bis zum Jahr 2019 ausgeweitet werden bei gleichzeitiger Verlängerung der Gültigkeit von Planfeststellungsbeschlüssen. Wir treten dafür ein, in ganz Deutschland Planungs- und Genehmigungsverfahren durch ein Beschleunigungsgesetz zügiger abwickeln zu können.

- Zur Bewältigung der erhöhten Verkehrsströme ist ein EU-Sonderprogramm "Verkehrsprojekte Europäische Einheit" aufzulegen.
- Die "Verkehrsprojekte Europäische Einheit" müssen in Deutschland - auch im Bereich der Staats- und Kreisstraßen - den Regelungen des Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes unterworfen werden.
- Zur Finanzierung des Verkehrswegebbaus müssen auch alternative Finanzierungskonzepte geprüft und zugelassen werden. Es kommt darauf an, die finanzielle Belastung des Staates in Zeiten des hohen Bedarfes an neuen Verkehrswegen zeitlich zu strecken.

Chancen der modernen Kommunikationstechnologien nutzen

30. Die modernen Informations- und Kommunikationstechnologie entwickeln sich mit hohem Tempo zu einem bedeutenden Wachstumsmarkt der Zukunft. Anwendungsbeispiele sind eHealth, eLearning und eGovernment, aber auch der weite Bereich der elektronischen Geschäftsverkehre, insbesondere des eBankings. Im Telekom-Bereich vollzieht sich eine rasche Konvergenz der heute noch unterschiedlichen technischen Medien wie Personal-Computer, Mobiltelefone und Fernsehempfänger mit der Folge, dass immer mehr medienübergreifende Informationsangebote entstehen.

Die Entwicklung, Anwendung und Vermarktung dieser neuen Technologien modernsten Zuschnitts bieten auch deutschen Unternehmen neue lukrative Wachstumschancen. Eine wesentliche Voraussetzung ist ein gut ausgebautes, den quantitativen Anforderungen gerecht werdendes Angebot an technischer Kommunikationsinfrastruktur. Dies gilt insbesondere für ein ausreichendes Angebot an Breitbandkabel, ohne das die Basis für umfangreiche elektronische Dienstleistungen fehlen würde. Eine flächendeckende Breitbandinfrastruktur mit einer Vielzahl von Anwendungen und Diensten ist der Schlüssel für zukunftsfähige Arbeitsplätze, Innovationen und Wachstum. Nach Einschätzung der OECD liegt Deutschland bei dieser wichtigen Technologie im internationalen Vergleich noch deutlich zurück; ein schneller Ausbau der Breitbandnetze könne ein BIP-Wachstum von bis zu einem halben Prozent pro Jahr bewirken.

Hier hat die Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen mit der technischen Entwicklung nicht Schritt gehalten. Die aufblühende Informations- und Kommunikations-Branche braucht einen klaren ordnungspolitischen Rahmen, der sowohl bei den Zugangstechnologien wie auch bei den Diensten den Wettbewerb sicherstellt. Der chancengleiche und diskriminierungsfreie Zugang zu diesen Technologien muss gewährleistet sein. In diesem Zusammenhang sollten Bundes- und Länderregierungen durch den Einsatz von Informations- und Kommunikations-Technologien im Regierungsalltag einen Beitrag zur Förderung dieser Technologien leisten.

Im Bereich der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien muss der Schutz des geistigen Eigentums substantiell verbessert werden. Die Wachstumsdynamik der neuen Kommunikationswege kennzeichnen die neuen Chancen der Wissensgesellschaft, die das Wissen zunehmend als eigenständigen Produktionsfaktor nutzbar macht.

VII. Wachstum, das den schlanken Staat voraussetzt

Leitsatz:

Das Bundesrecht umfasst heute fast 2.000 Gesetze, 3.000 Rechtsverordnungen und 85.000 Einzelvorschriften. Folge dieser Überreglementierung sind Wachstums- und Beschäftigungsverluste. Bürokratischer Perfektionismus und Arbeitslosigkeit gehen Hand in Hand. Die CDU vertritt die Überzeugung, dass Deutschland mit insgesamt weniger Staat mehr Staat machen könnte. Internationale Vergleichsstudien belegen: Je höher die Regelungsdichte in einem Land ist, desto weniger gelingt die Ausschöpfung des Beschäftigungspotentials. Deshalb sind alle Anstrengungen, den "schlanken Staat" zu verwirklichen, unverzichtbare Voraussetzung für mehr Wachstum und Beschäftigung.

31. Der Staat muss sich in seinen wirtschaftlichen Tätigkeiten auf jene Aufgaben beschränken, für die ein öffentliches Interesse vorliegt und die durch private Anbieter nicht mindestens gleich gut und gleich günstig erledigt werden können. Private Lösungen haben solange Vorrang vor staatlichem Handeln, wie nicht der Nachweis geführt werden kann, dass staatliche Lösungen überlegen sind. Privatisierung geht über die Veräußerung öffentlichen Eigentums und die Übertragung der Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben auf privatrechtsförmlich organisierte Gesellschaften der öffentlichen Hand hinaus. Eine echte Privatisierung liegt nicht schon dann vor, wenn die Organisationsform geändert wird; erforderlich ist auch eine Übertragung der Eigentums- und Verfügungsrechte auf Private.

Die CDU wird prüfen, ob die Grenze zwischen zulässiger und unzulässiger staatlicher wirtschaftlicher Tätigkeit durch eine Verfassungsbestimmung präzise definiert und abgesichert werden kann. Wo öffentliche Aufgaben nicht vollständig privatisiert werden können, sind Modelle der "Public-Private-Partnership" der ausschließlich staatlichen Tätigkeit vorzuziehen. Darüber hinaus muss das immer noch erhebliche Privatisierungspotential der Länder und der Kommunen - vor allem im Wohnungs- und Verkehrssektor - wesentlich intensiver ausgeschöpft werden.

32. Der Normenbestand in Deutschland wächst ständig weiter und ist inzwischen selbst für Experten kaum noch überschaubar. Experten schätzen, dass in Deutschland zwischen 1,5 und 7 Prozent der Unternehmensumsätze für die Kosten der Bürokratie aufgewendet werden müssen. Dies beeinträchtigt erheblich die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen und führt zu Wachstums- und Beschäftigungsverlusten. Entbürokratisierung und Deregulierung sind unverzichtbare Elemente eines wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Reformkurses, der zu mehr Wachstum und Beschäftigung führt.

Die CDU spricht sich für folgende Maßnahmen zur Entbürokratisierung und Deregulierung aus:

- Überprüfung des gesamten Bestandes an Gesetzen, Verordnungen, Richtlinien und Erlassen des Bundes und der Länder. Nur jene Vorschriften dürfen fortgelten, deren Notwendigkeit überzeugend begründet werden kann. Auf diese Weise kann der gesamte Normenbestand des Bundes um die Hälfte reduziert werden. Neue Gesetze, Verordnungen und Richtlinien sollen mit einem Verfalldatum in Kraft treten, nach dessen Ablauf die Notwendigkeit vom Fortbestand oder Änderung geprüft wird.

- Einführung einer gesetzlich verankerten Möglichkeit, von gesetzlich vorgegebenen Standards abzuweichen, wenn der zu erzielende Zweck auch auf anderem Wege erreicht werden kann.
- Strikte Beachtung des Konnexitätsprinzips: Diejenige staatliche Ebene, die über die Erfüllung einer Aufgabe entscheidet, muss auch die damit verbundenen Finanzierungslasten tragen. Vor allem die Kommunen müssen vor Überforderung geschützt werden, die durch die finanziellen Folgewirkungen der Gesetzgebung des Bundes und der Länder entstehen kann. Mischfinanzierungen sind abzubauen.
- Alle bestehenden Genehmigungspflichten sind daraufhin zu überprüfen, ob sie ganz oder teilweise verzichtbar sind. Genehmigungserfordernisse sind wo immer möglich in einfach zu handhabende Anzeigepflichten umzuwandeln. Genehmigungsvorbehalte sind mit einer Frist zu belegen; ist bis zum Fristablauf kein Bescheid erteilt, gilt die beantragte Genehmigung als erteilt. Dies gilt beispielsweise für Baugenehmigungen. Wir brauchen nicht nur den schlanken Staat, sondern vor allem auch den "schnellen Staat".
- Technische Betriebsprüfungen sind auf das sachlich unvermeidbare Maß zu beschränken; amtliche Zuständigkeitsüberlagerungen dürfen keine Mehrfachprüfungen zur Folge haben.
- Verwaltungsverfahren sind grundsätzlich nach dem Prinzip der "One-stop-offices" zu organisieren.
- Flächendeckende Einführung betriebswirtschaftlicher Elemente in den Verwaltungen auf allen Ebenen. Produkthaushalte und moderne Controllingverfahren müssen schnellstmöglich die traditionelle Kameralistik ersetzen. So wird größtmögliche Transparenz hergestellt und die bundesweite Vergleichbarkeit von Verwaltungshandeln und Verwaltungskosten gewährleistet.
- Einen wesentlichen Beitrag zur Verwaltungsmodernisierung leistet der umfassende Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien im Sinne eines innovativen eGovernment-Konzeptes. Ziel muss es sein, nicht nur umfassende elektronische Informationsangebote zu schaffen, sondern auch Verwaltungsabläufe sowohl verwaltungsintern wie auch zwischen Verwaltung und Bürger weitestgehend elektronisch abzuwickeln. Gleichzeitig trägt eGovernment dazu bei, die Kosten der Verwaltung zu senken, die Verfahren zu beschleunigen und eine qualifizierte Personalentwicklung im Öffentlichen Dienst sicherzustellen.
- Amtliche Verfahren im Verlauf einer Unternehmensgründung müssen innerhalb von 14 Tagen zum Abschluss gebracht werden können.
- Die CDU tritt für eine umfassende Reform der bundesstaatlichen Ordnung ein mit dem Ziel, wieder klare Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern zu schaffen. Für den Bürger muss wieder erkennbar werden, wer für welche Entscheidung verantwortlich zeichnet.
- Wir wollen die Kompetenzen des Bundes und der Länder entflechten. Was auf Ebene eines Landes oder einer Kommune zufrieden stellend geregelt werden kann, das soll

der Bund nicht regeln dürfen. Durch eine sachgerechte Entflechtung der Kompetenzen erhalten Bund und Länder jeweils größere Gestaltungsspielräume; zudem kann die Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze um die Hälfte reduziert werden. Die Möglichkeiten, dass die Länder in geeigneten Fällen vom Bundesrecht abweichende Regelungen treffen können, sind auszuweiten.

- Sofern einheitliche Bundesregelungen nicht von der Sache her zwingend geboten sind, muss der Bundesgesetzgeber in seinen Vorgaben den Ländern erlauben, eigene Wege zu gehen. Bund und Länder treten so in einen Wettbewerb um die besten Ideen und Lösungen ein, was auch zu effizienteren Gesetzen führen kann.
- Auch der überbordenden Bürokratie auf europäischer Ebene muss dringend Einhalt geboten werden. Europa darf kein zentralistischer bürokratischer Koloss werden, sondern muss sich wie der Bund und die Länder am Subsidiaritätsgedanken orientieren.

Durchsetzung überregionaler und nationaler Zukunftsprojekte

33. Für wichtige Zukunftsprojekte von überregionaler und nationaler Bedeutung, die in besonderem Maße Arbeitsplätze sichern, schaffen sowie die Innovationsfähigkeit unseres Landes nachhaltig bereichern, ist eine erhebliche Verkürzung der Genehmigungs- und Planungsverfahren erforderlich. Dazu zählen die Realisierung bedeutender Verkehrsinfrastrukturprojekte, dringend erforderliche Gewerbegebiete sowie maßgebliche Technologie- und Forschungsvorhaben von regionaler, europäischer und weltweiter Dimension.

- Der Deutsche Bundestag bzw. der jeweilige Landtag muss das Recht erhalten, ein konkretes Infrastrukturprojekt für dringlich zu erklären. Durch diese Erklärung entfällt die Bedarfsprüfung im Genehmigungsverfahren und die Notwendigkeit der Maßnahme kann nicht Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen werden.
- Bei Zukunftsprojekten, die durch Beschluss des Bundestages oder des Landtages für dringlich erklärt worden sind, muss es ein überwiegendes öffentliches Interesse an bestimmten Umweltschutzregelungen geben, ansonsten hat der durch das Parlament dringlich festgestellte Bedarf Vorrang.
- Jede Umwelt- und naturschutzrechtliche Schutzregelung wie Vogelschutzgebiete, FFH-Gebiete und sonstige Landschaftsschutzregelungen dürfen nicht vorrangig im Genehmigungsverfahren geprüft werden, sondern sind den wirtschaftlichen oder wohngebietsentlastenden Wirkungen einer Infrastrukturmaßnahme gleichzustellen.

Investitionsanteil der Staatsausgaben erhöhen

34. Zum Leitbild des "schlanken Staates" gehört auch, dass der Staat seine Einnahmen nicht nur für Aufgaben in der Gegenwart einsetzt. Der Staat muss ebenso wie seine Bürger bereit sein, auf einen Teil der möglichen Gegenwartsausgaben zu verzichten, um in die Zukunft des Landes und zum Nutzen künftiger Generationen investieren zu können. Für das Wachstum von morgen müssen die Grundlagen bereits heute gelegt werden.

Derzeit werden durch die öffentlichen Hände in Deutschland nur noch 1,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Investitionen aufgewandt. Andererseits geben die öffentlichen

Haushalte über 46 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für konsumtive Zwecke aus. Alleine für sozialpolitische Maßnahmen werden deutlich über 30 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aufgewandt. Die Investitionsquote von Bund, Ländern und Kommunen hat ein Nachkriegsrekordtief erreicht. Deutschland leidet an einem krassen Missverhältnis zwischen den konsumtiven und den investiven Ausgaben.

Von der Investitionsquote eines Landes hängt dessen zukünftige Leistungs- und Wettbewerbskraft ab und damit das Wirtschaftswachstum der Volkswirtschaft. Entscheidend für das Wachstum ist das für die Produktion einsetzbare Sachvermögen an Maschinen, Werkhallen und Infrastruktur. In dieser Hinsicht hat Deutschland in den zurückliegenden Jahren zu wenig investiert und zu viel von der Substanz gelebt.

Das krasse Missverhältnis zwischen konsumtiven und investiven Ausgaben hat seine Ursache darin, dass Deutschland seit Jahrzehnten über seine Verhältnisse lebt, indem wir in der Gegenwart immer höheren Ansprüchen nachgekommen sind und es zugleich versäumt haben, aus öffentlichen Einnahmen Werte zu schaffen, die Zukunft sichern. Investitionen des Staates können eine wesentliche Quelle für wirtschaftliches Wachstum sein; nehmen hingegen die konsumtiven Ausgaben aus laufenden Einnahmen zu, so geht dies zwangsläufig zu Lasten von Investitionen und damit auch zu Lasten eines nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstums. In vielen Gemeindehaushalten und teilweise auch in den Landeshaushalten reichen die Steuereinnahmen nicht mehr zur Finanzierung der laufenden Ausgaben wie z.B. Zinsen, Personalkosten und Sozialhilfe. Diese Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben muss wieder geschlossen werden.

Wir müssen uns wieder stärker auf das beschränken, was sich heute erwirtschaften lässt und gleichzeitig wieder mehr in das Wachstum unseres Landes investieren. Ziel muss es sein, dass Bund, Länder und Gemeinden die Gesamt-Investitionsquote von heute 1,4 Prozent auf die in der Europäischen Union durchschnittlich üblichen 2,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes anheben. Gleichzeitig muss auch in Deutschland das Verfassungsgebot wieder gelten: Es dürfen nicht mehr Schulden gemacht werden, als Investitionen vorgenommen werden. Die CDU fordert nachdrücklich, dass die Finanzpolitik des Bundes und der Länder wieder nach den Grundsätzen des Vertrages von Maastricht gestaltet werden. Der europäische Stabilitäts- und Wachstumspaket muss in jedem Fall eingehalten werden.

VIII. Wachstum, das die Schöpfung bewahrt

Leitsatz:

Die Verantwortung für die Schöpfung leitet unser wirtschaftliches Handeln. Wir Christliche Demokraten sind einer Politik verpflichtet, die die Kräfte und Steuerungsmechanismen der Sozialen Marktwirtschaft einsetzt, um einen schonenden Umgang mit Natur und Umwelt zu erreichen. Unser Ziel ist die Synthese von Ökonomie, sozialer Gerechtigkeit und Ökologie. Mit einer "nachhaltigen Umweltpolitik" will die Union einen Beitrag dafür leisten, die vorrangigen Umweltziele zu erreichen und gleichzeitig die Wachstumskräfte zu stärken und zur Modernisierung des Wirtschaftsstandorts Deutschland beizutragen. Wir wollen bürokratische Hemmnisse und unnötige Kostenerhöhungen vermeiden. Durch Innovationen und technischen Fortschritt im Umweltbereich wollen wir Arbeitsplätze und Wachstum in Industrie, Dienstleistung und Handwerk schaffen. Für uns bedeutet Wachstum somit weitaus mehr als nur die quantitative Mehrung von Gütern und Dienstleistungen.

Umweltpolitik zielorientierter und effizienter gestalten

35. Tragfähiges Wachstum setzt nachhaltige Umweltpolitik voraus. Die CDU will die deutsche Umweltpolitik wieder effizient gestalten. Richtig gemacht, ist Umweltschutz kein Widerspruch zu Wachstum, sondern ein positiver Wachstumsfaktor.

Wir setzen im Rahmen einer nachhaltigen Umweltpolitik auf kooperativen Umweltschutz und auf die Zusammenarbeit mit den Betroffenen.

Qualitatives Wachstum schafft den Spielraum zur Lösung vorrangiger Umweltprobleme, zu denen neben dem Klimaschutz unter anderem die Lärmentwicklung, der Flächenverbrauch und die Ressourceninanspruchnahme gehören.

Wir verfügen in Deutschland über ein großes Wissen in der Umwelttechnik. Wissenschaftler und Unternehmen haben sich in diesem Bereich große Kompetenz erarbeitet und sind weltweit in der Umwelttechnik führend. Hierin liegen große Chancen und ein ungeheures Innovations- und Wachstumspotenzial für unser Land, nicht zuletzt mit Blick auf den weltweit großen Bedarf an Umweltschutztechniken. Um diese Chancen zu nutzen, müssen die Rahmenbedingungen vernünftig gesetzt und die Stärken des Einzelnen berücksichtigt werden. Mehr als bisher müssen hierbei die Chancen des Marktes genutzt werden. Freiwilliges umweltfreundliches Verhalten muss sich lohnen. So müssen zum Beispiel Unternehmen, die freiwillig umweltfreundliches Verhalten und Standards jenseits gesetzlicher Anforderungen eingeführt haben, durch Erleichterungen im rechtlichen Vollzug belohnt werden. Unser Ziel ist es, das Umweltrecht überschaubarer, schneller vollziehbar und damit wirksamer und für Bürger und Unternehmen praktikabler zu machen.

Statt nationalen Übermaßes strebt die CDU ein zukunftsfähiges Umweltschutzniveau in Europa an. Dies dient gleichermaßen dem globalen Umweltschutz als auch dem wirtschaftlichen Wachstum. Die CDU lehnt Normen- und Standarderhöhungen gegenüber dem jeweils geltenden EU-Recht ab, sofern sie dem Standort Deutschland schaden.

Den kooperativen Umwelt- und Naturschutz ausbauen

36. Der Schutz der Natur ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Wir treten dafür ein, dass Naturschutz nicht gegen, sondern mit dem Bürger verwirklicht wird. In der Naturschutzpolitik setzen wir auf Kooperation statt Konfrontation. Wirksamer Naturschutz ist nur mit den betroffenen Landwirten, Kommunen und Bürgern durchsetzbar. Unser Ziel ist ein Naturschutz, der das Überleben der heimischen Tier- und Pflanzenwelt durch genügend große Schutzgebiete, ein Biotop-Verbundsystem und den Ausbau des Vertragsnaturschutzes sichert.

Angesichts des dramatischen, weltweiten Rückgangs der Artenvielfalt wollen wir den Beitrag Deutschlands zur internationalen Zusammenarbeit für den globalen Schutz der biologischen Vielfalt intensivieren. Darüber hinaus wollen wir die Entwicklungszusammenarbeit in den Bereichen Energie, Umwelt und Ressourcenschutz verstärken.

Klimaschutz-Strategien weiterentwickeln

37. Eine der größten Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte ist die globale Klimaerwärmung. Angesichts eines weltweit ansteigenden Energiebedarfs, besonders in den Entwicklungs- und Schwellenländern und steigender Treibhausgasemissionen ist eine zukunftsfähige Energieversorgung für die Menschheit von existenzieller Bedeutung. Die Industrienationen stehen nicht nur als größter Energieverbraucher, sondern auch wegen ihres Vorsprungs an Technologie und Know-how in der Pflicht, die Energievorräte sparsam zu nutzen und neue Technologien zu entwickeln, um einen Beitrag zur Erhaltung der Schöpfung zu leisten.

Die CDU bekennt sich zu umweltverträglicher Energiewirtschaft, vorsorgendem Klimaschutz und zur Einhaltung der im Rahmen des Kioto-Protokolls eingegangenen Verpflichtung zur weltweiten Reduzierung von Treibhausgasen. Wir bekennen uns auch zu einer langfristigen Klimapolitik, die die Empfehlungen der Enquetekommission "Schutz der Erdatmosphäre" des Deutschen Bundestages versucht, international umzusetzen. Um ökologische und klimapolitische Ziele zu erreichen, räumen wir Maßnahmen den Vorrang ein, die mit möglichst geringen volkswirtschaftlichen Kosten verbunden sind. Gerade wenn unser Handeln vorbildlich sein soll für die Entwicklung in den Schwellenländern, müssen wir die Ziele möglichst effizient erreichen. Daher müssen wir vorrangig kostengünstige Instrumente innerhalb Deutschlands und Europas nutzen, aber zusätzlich internationale Instrumente, wie Clean Development Mechanism und Joint Implementation, einbeziehen.

Primäres Ziel unserer effizienten Klimapolitik muss es deshalb sein, dass deutsche Klimaschutzmaßnahmen und die anderer Länder in einem globalen Rahmen stattfinden können, in dem sie tatsächlich zum Klimaschutz beitragen. Die CDU fordert deshalb die Fortentwicklung des Kioto-Protokolls zu einem Kioto-Plus-Abkommen, bei dem die folgenden klima- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen eingehalten werden: das Ziel der Europäischen Union der Stabilisierung der menschengemachten Klimaerwärmung sicherzustellen, weltweit den Treibhausgasausstoß auf das zur Erreichung dieses Zieles notwendige Maß zu beschränken, die Entwicklungs- und Schwellenländer aktiv zu integrieren, weltweit individuelle und kollektive Anreize zum klimafreundlichen Verhalten zu schaffen und gleichzeitig kein Land durch das fortentwickelte Kioto-Plus-System wirtschaftlich zu überfordern. All dies ist prinzipiell mit einem erweiterten Emissionshandelssystem realisierbar.

Die Klimastrategie enthält erhebliche wirtschaftspolitische Impulse. Sobald das Kioto-Plus-System durchgesetzt würde, entstünden sofort weltweit dauerhaft Anreize für klimaschützende Investitionen. Dies würde die Exportchancen der deutschen Industrie in den Bereichen rationelle Energieanwendung und Erneuerbare Energien - bspw. im Maschinen- und Anlagenbau - deutlich verbessern.

Energiepolitik nachhaltig gestalten

38. Eine zukunftsfähige Energiepolitik muss vorsorgend nachhaltig gestaltet werden und die folgenden ökonomischen, ökologischen und sozialen Belange gleichrangig in den Blick nehmen:

- Wirtschaftlichkeit - weil eine bezahlbare Energieversorgung für den modernen Industriestandort Deutschland von höchster Bedeutung ist und das Fundament für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand schafft.

- Versorgungssicherheit - weil eine kontinuierliche Energieversorgung für ein ressourcenarmes und gleichzeitig hoch industrialisiertes Land wie Deutschland unverzichtbar und angesichts der strategischen Ressourcenverteilung und der krisenhaften Entwicklung in manchen Regionen keinesfalls selbstverständlich ist.
- Umwelt- und Klimaverträglichkeit - weil eine umweltverträgliche, ressourcenschonende Entwicklung und ein wirksamer, international abgestimmter Klimaschutz unverzichtbar sind, um auch unseren Nachkommen eine unter menschenwürdigen, sicheren Verhältnissen bewohnbare Erde zu erhalten.
- Sozialverträglichkeit - weil die Energiewirtschaft einer der größten Arbeitgeber in unserem Land ist. Ein unkoordiniertes, rein nationales politisches Drehen an der Energiepreisschraube hätte auch unmittelbare Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und sozialen Wohlstand. Zugang zu bezahlbarer Energie gehört zu den grundlegenden Elementen des Sozialstaats.

Mehr Markt in der Energiepolitik zulassen

39. Marktwirtschaftliche Lösungsansätze bieten die Chance, wirtschaftliche Effizienz, gerechte Lebenschancen, Klimaschutz und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen miteinander in Einklang zu bringen und auf der Basis von technischem Fortschritt und modernen Technologien eine weitere Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch zu erreichen. Die CDU setzt auf einen marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen, denn der Suchprozess des Marktes führt stets zu effizienteren Lösungen als dirigistische Planwirtschaft.

Daher ist eine ordnungspolitische Rückbesinnung in der Energiepolitik erforderlich. Energiepolitik muss Voraussetzungen für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland schaffen und daher integraler Bestandteil der Wirtschaftspolitik sein. Der Staat hat sich auf die Aufgaben zu besinnen, die ihm im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung zukommen: den Marktmechanismus zu stärken, d. h. langfristige und verlässliche energiepolitische Rahmenbedingungen zu schaffen und Eingriffe in das Marktgeschehen nur dort vorzunehmen, wo offenkundige Fehlentwicklungen entstehen oder entstehen können.

Angesichts der zunehmenden Globalisierung muss Energiepolitik in Zukunft mit Blick auf globale Zusammenhänge gestaltet und u. a. durch strategische Partnerschaften flankiert werden.

Zur Stärkung des Energie-, Umwelt- und Wirtschaftsraumes Europa sind eine Harmonisierung der Rahmenbedingungen sowie eine marktorientierte Politik notwendig. Diskriminierungen und Wettbewerbshindernisse für den gemeinsamen Markt müssen konsequent abgebaut werden. Erkennbar dirigistische Ansätze einer planwirtschaftlichen Angebots- und Nachfragesteuerung der Europäischen Union lehnt die CDU ab.

Zukunftsfähige Energieversorgung sichern

40. Für eine zukunftsfähige Energieversorgung ist eine konsistente Energiepolitik aus einem Guss notwendig. Die CDU tritt aus diesem Grund für eine klare Zuordnung der energiepolitischen Kompetenzen in einer Hand ein.

Die CDU tritt für einen sparsamen und effizienten Verbrauch von Energie zur Ressourcenschonung und zur Klimavorsorge in Deutschland und weltweit ein. Insbesondere in der Altbausanierung, bei Haushaltsgeräten und im Treibstoffverbrauch unserer Kraftfahrzeuge liegen hochwirtschaftliche, bisher nicht ausreichend genutzte Potenziale zur rationelleren Energienutzung. Diese können durch marktwirtschaftliche Anreize für verstärkte private Investitionen gehoben werden. Bestehende Programme wollen wir zu einem unbürokratischen und technikoffenen Marktanzreizprogramm "Energetische Sanierung im Gebäudebereich" zusammenfassen, für energetische Sanierungsmaßnahmen steuerliche Erleichterungen schaffen und die Aufklärung über energiesparende Geräte sowie möglichst rationelles Energieverbrauchsverhalten im privaten wie gewerblichen Bereich verbessern.

Eine leistungsfähige Energieforschung und die Förderung neuer Techniken sind zur Sicherung unserer Zukunft von entscheidender Bedeutung. Diese Aufgabe wird derzeit jedoch extrem vernachlässigt. Wir setzen uns für eine kontinuierliche, breit angelegte und offene Energieforschung und Entwicklung ein, bei der keine Option im Vorhinein ausgeklammert wird. Wir fordern für die Energieforschung eine Verdoppelung der Haushaltsansätze, eine Zusammenfassung der Zuständigkeit auf Bundesebene sowie eine verbesserte Koordination zwischen Bund und Ländern innerhalb der kommenden Legislaturperiode. Durch Stärkung der Forschung wollen wir für Deutschland wieder eine internationale Spitzenstellung erwerben.

Der beste Garant für Versorgungssicherheit und eine wesentliche Grundlage für die ökonomische, ökologische und soziale Entwicklung in Deutschland ist jedoch ein breit gefächter, diversifizierter und am Wettbewerb orientierter Energiemix, der auch die verstärkte Nutzung Erneuerbarer Energien mit einbezieht. Aus diesem Grund lehnt die CDU Technologieverbote oder dirigistische staatliche Eingriffe in den Energiemix ab.

In Deutschland und in Europa stehen in den kommenden Jahren enorme Investitionen in neue Stromerzeugungskapazitäten und -netzinfrasturktur an. Die CDU tritt dafür ein, die dafür erforderlichen rechtlichen und planerischen Rahmenbedingungen so einfach und langfristig wie möglich zu gestalten, um die Genehmigungszeiten zu verkürzen und Investitionssicherheit zu verbessern.

Weltweit werden selbst bei größten Anstrengungen zur Erhöhung des Anteils der Erneuerbaren Energien in den kommenden Jahrzehnten die fossilen Energieträger (Kohle, Erdöl, Erdgas) unverzichtbar bleiben. Entscheidend ist es, deren Einsatz durch hohe Effizienz so klimaverträglich wie möglich zu gestalten. Auch unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit müssen wirtschaftliche, heimische Energieträger in Deutschland - wie die subventionfreie Braunkohle - bei Sicherstellung bester klimabezogener Standards ausreichende Entwicklungsmöglichkeiten behalten.

Die Subventionierung der heimischen Steinkohle muss allerdings entschieden zurückgedrängt werden. Der Abbau der Kapazität sollte aber möglichst sozialverträglich stattfinden.

Aus Gründen der Klimavorsorge, der Versorgungssicherheit und der Wirtschaftlichkeit kann auf den erheblichen Beitrag der Kernenergie zur Stromerzeugung in Deutschland auf absehbare Dauer nicht verzichtet werden. Deshalb setzen wir uns für eine Betriebsdauer von Kernkraftwerken ein, die sich ausschließlich an der Gewährleistung des größtmöglichen Sicherheitsniveaus jeder Anlage ausrichtet. Deutschland muss seinen Beitrag zur stetigen Verbesserung der Sicherheit kerntechnischer Anlagen weltweit leisten. Die Option auf eine langfristige Nutzung der Kernenergie muss offen bleiben. Die geordnete Beseitigung radioaktiver Abfälle aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie muss geregelt - und darf nicht wie von Rot-Grün verzögert und damit den kommenden Generationen aufgebürdet werden.

Mit Blick auf Technologieentwicklung, Ressourcenschonung und vorsorgendem Klimaschutz sollen die Erneuerbaren Energien, wie z.B. die Biomasse in Zukunft einen zunehmend wichtigen Beitrag leisten. Durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien wird auch eine junge Industrie gefördert, bei der sich neue Geschäftsfelder, auch international gesehen, in den nächsten Jahren weiter entwickeln werden.

In den letzten Jahren konnten im Bereich der Erneuerbaren Energien große technische Fortschritte und Effizienzsteigerungen erzielt werden. Erhebliche Kostensenkungspotenziale gilt es bei den Erneuerbaren Energien künftig jedoch noch zu realisieren. Deshalb muss dieser Prozess beschleunigt werden.

Die CDU setzt sich für eine weitere nachhaltige Förderung von Forschung und Entwicklung insbesondere derjenigen Erneuerbaren Energien mit hohem wirtschaftlichem und technischem Potenzial ein und unterstützt ihre Markteinführung. Mittelfristig sehen wir große Potenziale bei der Förderung der Biomasse, der Solarenergie und der Geothermie. Ziel der Förderung der Erneuerbaren Energien muss es sein, neue Anreize zur Weiter- und Neuentwicklung zu schaffen und gleichzeitig die Erneuerbaren Energien möglichst schnell zur Wirtschaftlichkeit hinzuführen, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Letztlich müssen die Erneuerbaren Energien jedoch ohne staatliche Förderung bestehen können. Daher werden wir das gesamte Förderinstrumentarium bis Ende 2007 auf Effizienz und Wirtschaftlichkeit sowie auf Konsistenz mit den anderen Maßnahmen zum Klimaschutz - insbesondere dem Emissionshandel - überprüfen und eine Anschlussregelung in Kraft setzen.

Nachhaltige, moderne und wettbewerbsfähige Landwirtschaft

41. Moderne Landwirtschaft erzeugt gesunde Nahrungsmittel und erhält die Kulturlandschaft. Dabei ist die Land- und Forstwirtschaft seit jeher dem Prinzip der Nachhaltigkeit im Sinne eines Ausgleichs zwischen Ökonomie, Ökologie und sozialer Verantwortung verpflichtet. Die CDU tritt dafür ein, die Aufgabe einer wettbewerbsfähigen Erzeugung von umfangreichen Leistungen im Natur- und Umweltschutz zu verbinden. Die deutsche Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft bieten für die konjunkturelle Stabilisierung im ländlichen Raum ein erhebliches Potenzial. Dabei muss in Zukunft verstärkt die gesamte Produktionskette bei Nahrungsmitteln, erneuerbaren Energien und nachwachsenden Rohstoffen betrachtet und durch innovative Produktions- und Vermarktungsstrategien weiterentwickelt werden.

IX. Wachstum, das uns Verantwortung für die Eine Welt ermöglicht

Leitsatz:

Wir Deutschen leben nach wie vor in einem der reichsten Länder der Erde. Daraus erwächst uns die ethische Verpflichtung, den armen Ländern der Welt zu helfen. Die Globalisierung muss allen zugute kommen - auch den Armen der Welt. Es liegt in unserem wohlverstandenen eigenen Interesse, den Entwicklungsländern die bestmöglichen Voraussetzungen und Chancen für ihre Entwicklung einzuräumen und einen wirksamen Beitrag dafür zu leisten, dass sie sich erfolgreich in die Weltwirtschaft integrieren können. Entwicklungszusammenarbeit ist ethisch geboten und in nationalem Interesse

42. Wachstum beinhaltet für die CDU zunächst ökonomische Aspekte auf nationaler, aber nicht zuletzt auch auf internationaler Ebene. Wohlstand und Sicherheit können nicht mehr allein in Deutschland erwirtschaftet und durch Deutschland gewährleistet werden. Unser Land ist in vielfältigem und durch die Globalisierung in zunehmendem Maße mit anderen Ländern und Regionen verbunden. Deutschlands Unternehmen erwirtschaften einen Großteil ihrer Gewinne durch den Export ihrer Waren auf die Weltmärkte und durch umfangreiche Auslandsinvestitionen auch in Entwicklungsländern. Deshalb dürfen wir die Geschehnisse in anderen Teilen der Welt und die Lage der Menschen außerhalb Deutschlands nicht außer Acht lassen.

Darüber hinaus hat Wachstum aber auch eine moralische Dimension, die über Deutschland hinaus reicht. Dies gilt einerseits vor dem Hintergrund der Grundlage und Orientierung unseres politischen Handelns: Das christliche Verständnis vom Menschen und die daraus abgeleiteten Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Diese Grundwerte sind nicht auf nationale Grenzen beschränkt. Sie sind verpflichtende Grundlage für unsere Entwicklungspolitik, die auf die Durchsetzung der Menschenrechte, von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Frieden und auf menschenwürdige Lebensbedingungen hinwirken muss.

Andererseits gilt dies aber auch aus Eigeninteresse, denn ein Versinken anderer Länder in Elend und Chaos kann Konflikte auslösen, einen gefährlichen Nährboden für Extremismus und Terrorismus bilden, internationale Absatzmärkte und Handelsströme gefährden oder Flüchtlingsströme zur Folge haben und damit auch den Wohlstand und die Sicherheit nicht nur der direkt betroffenen Regionen, sondern auch Europas und Deutschlands bedrohen. Auch Kriminalität und Drogenhandel halten sich nicht an die Grenzen der Nationalstaaten. Ökologische Zerstörungen haben oftmals globale Auswirkungen. Das weitere Vordringen der Wüsten, die Vernichtung des Regenwaldes und irreversible Verluste der Artenvielfalt haben Konsequenzen, die sich nicht regional eingrenzen lassen.

Es ist unbestreitbar, dass wir heute mit einer verstärkten internationalen Interdependenz und einer raschen Zunahme globaler Herausforderungen konfrontiert sind. Dabei wird Deutschland trotz seiner gravierenden wirtschaftlichen Probleme in weiten Teilen der Welt als eine Insel des Wohlstands wahrgenommen. Es wird nicht möglich sein, den in Deutschland erreichten Wohlstand auf Dauer zu bewahren, wenn es uns nicht gelingt, dazu beizutragen, auch anderen Ländern Entwicklungsperspektiven zu eröffnen.

Es sind gleichermaßen ethische Werte und die Interessen Deutschlands, die uns dazu verpflichten, für eine nachhaltige Entwicklung auch außerhalb Deutschlands Sorge zu tragen. Außen- und Sicherheitspolitik einerseits sowie Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik

andererseits können nicht losgelöst voneinander betrachtet werden. Wer Sicherheit - die Voraussetzung für dauerhaften Wohlstand - und Wachstum will, muss sich in der Entwicklungspolitik engagieren und in die internationale Zusammenarbeit eine ökonomische, finanzielle, soziale und ökologische Dimension einfließen lassen.

43. Die Verbindung dieser Ziele mit ökonomischen Anreizmechanismen, etwa durch die Einbeziehung in die Liberalisierung des Welthandels, kann dabei eine wirksame und marktförmige Umsetzungsstrategie sein. Die Globalisierung wird heute von vielen Menschen als Bedrohung empfunden. Zwar konnten auch diverse Entwicklungsländer von der Globalisierung profitieren, doch in zahlreichen Entwicklungsländern haben sich die Lebensbedingungen in den letzten Jahren sogar verschlechtert. Obwohl in einer erheblichen Zahl von Staaten nicht zuletzt mangelhafte Rahmenbedingungen in Form von politischer Instabilität, fehlender Rechtssicherheit etc. für die Unterentwicklung verantwortlich sind, ist zugleich festzuhalten, dass Globalisierung Regelungen benötigt, die auch international eine Ausrichtung auf Nachhaltigkeit und soziale Balance sicherstellen.

Die Erfahrungen Deutschlands und anderer Industriestaaten lassen das Modell der Sozialen Marktwirtschaft als das für eine weltweite nachhaltige Entwicklung bestgeeignete erscheinen. Wir müssen danach streben, dieses bewährte System über die nationale Ebene hinaus weiterzuentwickeln.

Notwendig ist zudem die Unterstützung der Entwicklungsländer im Globalisierungsprozess, sodass dieser ausgewogenere Ergebnisse erbringt. Hierzu gehört der Abbau von Handelshemmnissen für Produkte der Entwicklungsländer und von Subventionen für die Produkte der Industriestaaten. Zur neuen Sozialen Marktwirtschaft gehört auch eine Neugestaltung der internationalen Finanzarchitektur. Wir müssen uns intensiver bemühen um die Schaffung effizienter Regulierungen, Überwachungsmechanismen, Rechenschaftsverfahren, Verhaltenskodizes und Frühwarnsysteme zur Vermeidung einer ausufernden Volatilität von Kapitalströmen und dadurch verursachter Finanzkrisen und Gefährdungen ganzer Volkswirtschaften.

Zur Erreichung dieser Ziele sind nicht zuletzt die internationalen Organisationen zu nutzen, die auf den Prozess der Globalisierung einwirken und ihn gestalten wollen: Welthandelsorganisation, Weltbank, Internationaler Währungsfonds sowie das Umweltprogramm der Vereinten Nationen und die Internationale Arbeitsorganisation. Diese Organisationen sind derzeit die einzige Möglichkeit, einen Ordnungsrahmen für die Globalisierung zu schaffen.

Entwicklungsländer fördern und fordern

44. Viele Entwicklungsländer benötigen aber auch direkte Unterstützung durch die industrialisierten Staaten, um zu einer selbst tragenden Entwicklung zu kommen. Im globalen Maßstab gehört Deutschland immer noch zu den reichen Staaten. Damit Deutschland seinen international eingegangenen Verpflichtungen nachkommen kann, zu denen auch eine deutliche Erhöhung der für die Entwicklungszusammenarbeit eingesetzten Mittel gehört, muss unser Land wieder auf den Wachstumspfad zurückfinden. Die CDU hält an der von den EU-Staaten im Jahr 2002 in Monterrey/Mexiko eingegangenen Verpflichtung fest, bis 2006 0,33 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Dafür muss Deutschland aber selber wieder mehr Wohlstand

erwirtschaften, damit die wirklich Bedürftigen dieser Welt hieran vermehrt teilhaben können.

Zu den Schwerpunkten der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit gehört vor allem die Unterstützung bei der Schaffung der Rahmenbedingungen, die für eine nachhaltige Entwicklung unerlässlich sind: Rechtsstaatlichkeit und -sicherheit, Marktwirtschaft mit sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen, gute Regierungsführung sowie Demokratie und die Beachtung der Menschenrechte. Ohne diese Grundvoraussetzungen ist eine langfristig erfolgreiche Entwicklung nicht möglich, denn im inneren oder äußeren angelegte politische Konflikte machen im Falle ihrer Eskalation alle Entwicklungsanstrengungen zunichte.

Die eher technisch geprägten Projekte der Entwicklungszusammenarbeit vor allem in den Sektoren Landwirtschaft, Bildung und Gesundheit, die im Wesentlichen auf das Ziel der Armutsbekämpfung ausgerichtet sind, haben keineswegs an Bedeutung verloren. Allerdings ist festzuhalten, dass diese Projekte in einem stabilen staatlichen Umfeld, das geeignete Rahmenbedingungen für nachhaltige Entwicklung bietet, erfolgreicher wirken können als in Staaten, in denen diese Bedingungen nicht vorliegen. Angesichts der Tatsache, dass die Mittel, die für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stehen, auch zukünftig begrenzt sein werden, ist daher in jedem Einzelfall zu prüfen, ob knappe Ressourcen in eine Region investiert werden, die aus politischen Gründen eindeutig schlechte Entwicklungsperspektiven aufzeigt, und ob sich die so genannten Geberländer in diesem Fall nicht auf die humanitäre Nothilfe beschränken sollten.

Letztlich können die Entwicklungsländer ihre Unterentwicklung aber nur überwinden, wenn sie selber dauerhaftes Wirtschaftswachstum generieren. Entwicklungspolitik kann hier nur Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Entwicklungspolitik muss aufbauen auf die Eigenverantwortung und eigenen Anstrengungen der Entwicklungsländer.

X. Unser Auftrag: Deutschlands Zukunft

45. Deutschland steht an einem Scheideweg. Es gilt, die Weichen neu zu stellen für die vor uns liegenden Jahre. Die CDU hat auf ihrem Parteitag in Leipzig 2003 Konzepte zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme und zur Neugestaltung des Einkommensteuerrechtes verabschiedet. Der Parteitag in Düsseldorf 2004 verabschiedet mit diesem Programm ein in sich stimmiges Konzept für wirtschaftlichen Aufschwung und für mehr Arbeitsplätze. Damit hat sich die CDU neue, zeitgerechte und vor allem aussichtsreiche programmatische Leitlinien erarbeitet. Sie verfügt über ein umfassendes Konzept, das sie in die Lage versetzt, spätestens 2006 erfolgreich politische Verantwortung im Bund zu übernehmen.

Deutschland wird derzeit unter seinen Möglichkeiten regiert. Unser Land kann mehr. Wirtschaftliches Wachstum kann nicht regierungsamtlich verordnet werden. Aber Regierungen haben die Möglichkeit und darüber hinaus die Pflicht, dort zu handeln, wo Wachstum gefesselt und gehindert wird durch veraltete Regelungen, die einmal sinnvoll waren, um Arbeitnehmer vor Willkür und Ausbeutung zu schützen, die aber heute im Ergebnis neue Einstellungen verhindern. Politik hat die Möglichkeit und die Pflicht, die Menschen des Landes durch eine gute Bildung in den Stand zu versetzen, dass jeder seine Begabungen und Fähigkeiten zum Nutzen aller in diese Gesellschaft einbringen kann. Politik hat die Möglichkeit und die Pflicht, verkrustete, bürokratische Regelungen gänzlich abzuschaffen oder

durch flexible Regelungen zu ersetzen. Die seit Jahren anhaltende Wachstumsschwäche in Deutschland ist keine unvermeidbare Zwangsläufigkeit, sondern Folge einer inkompetenten Politik, die bevormundende Zwänge auferlegt wo gewährende Freiheit erforderlich wäre. Deutschlands Schwäche ist Folge einer Politik, die staatlichem Handeln mehr zutraut als dem Fleiß und der Intelligenz mündiger Bürger. Unser Land leidet an einer Politik, die weder über ein klares Konzept verfügt noch eine handwerklich solide Regierungsarbeit vorweisen kann.

Deutschland hat alle Chancen, im globalen Wettbewerb zu bestehen, wenn die Rahmenbedingungen richtig gesetzt werden. Unser Programm zeigt dazu den Weg auf. Wir haben den Ehrgeiz, Deutschland innerhalb von zehn Jahren wieder ganz nach vorne zu bringen. Wir wollen, dass spätestens dann unser Land zu den drei erfolgreichsten Nationen in Europa gehört.

Gemeinsam und in einer nationalen Kraftanstrengung werden wir das schaffen.

Die Weckung der Wachstumskräfte, der dynamische Durchbruch nach vorn, die Mehrung des Sozialprodukts: das ist der Anspruch und der Auftrag der CDU als der Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Mit unseren Konzepten schaffen wir Arbeit, Wohlstand und soziale Sicherheit für alle im 21. Jahrhundert.